

(Frau Vizepräsident Friebe)

- (A) Wir stimmen jetzt über den Entwurf des Einzelplans 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales - ab. Wer dem Entwurf entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksachen 10/4907 und 10/4975 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Dann darf ich feststellen, daß der Entwurf des Einzelplans 07 in zweiter Lesung angenommen wurde.

Ich rufe nunmehr die Nummer 2 des Ablaufplans auf:

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Es liegt Ihnen mit Drucksache 10/4986 ein Änderungsantrag der CDU vor. Ferner verweise ich auf die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/9410 und eröffne die Beratung. Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Stump das Wort.

Stump (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Beratung steht der Umweltetat an, der Schwerpunkte setzen sollte zur ökologischen Fortentwicklung unseres Landes. In engem Zusammenhang hiermit sind auch alle Fragen der Raumordnung und Landesplanung zu sehen. Die Einführungsrede des zuständigen Fachministers im Umweltausschuß zum Einzelplan 10 war wie gewohnt von einer euphorischen Begleitmusik geprägt, nach der mit dem Umweltetat - so der Minister - massiv die ökonomische, ökologische und soziale Weiterentwicklung in Nordrhein-Westfalen betrieben werde.

Herr Minister, diese Einschätzung teilen wir nicht. Der Umweltetat bleibt weit hinter den Notwendigkeiten einer beherzten und vorangetriebenen Umweltpolitik zurück. Fehlsteuerungen und Unterlassungen sind zu beklagen. Der Etat ist eine halbherzige Sache.

Meine Damen und Herren, wir haben uns vor noch nicht allzulanger Zeit hier im Plenum über die Landesplanung unterhalten und dazu auch sehr viele kritische Äußerungen getan. Nur: Landesplanung beinhaltet, die Ziele der Raumordnung und Landesplanung an die Gesamtentwicklung festzuschreiben, um letztendlich damit auch einen ökologischen Beitrag innerhalb der Landespolitik sicherzustellen.

So weit, so gut.

Nun sind uns ja sechs Landesentwicklungspläne bekannt, von denen die Landesentwick-

- lungspläne I und II hinsichtlich der Raum- und Siedlungsstruktur völlig veraltet sind, der Landesentwicklungsplan IV mit Planungsbeschränkungen im Bereich von Flughäfen fragwürdig, der Landesentwicklungsplan V für die Freihaltung von Flächen der Bodenschatzgewinnung wirkungslos und der Landesentwicklungsplan VI für die Sicherung von großflächigen Gewerbeflächen aussagegelos geworden sind. (C)

Weil diese Landesentwicklungspläne unbrauchbar geworden sind, die Braunkohlenplanung auf Zeit abgestellt ist, die Abfallbeseitigungsplanung vor einem Desaster steht und die Verkehrsplanung aus der Landesplanung ausgeklammert ist, ist der einzige rechtskräftige Landesentwicklungsplan der Landesentwicklungsplan III, mit dem die natürlichen Lebensgrundlagen innerhalb unseres Landes gesichert werden sollen, ergebnisorientiert gesehen, wertlos. Alle bestehenden Zielkonflikte unterschiedlicher Fachplanungen sind nicht aufeinander abgestimmt. Eine verantwortungsbewußte Landesplanung findet nicht statt, vielmehr ist hier ein völliger Stillstand zu beklagen. Eine konkrete Landesplanung aber ist das Grundgerüst, um das Land Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch erfolgreich zu führen - insbesondere erfolgreich in das nächste Jahrhundert hineinzuführen.

- Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion fordert von der Landesregierung erneut einen einheitlichen Landesentwicklungsplan, der die Fachplanung entfeinert und der Gebietsentwicklungsplanung ein größeres Gewicht zugeht, damit neben den anderen bestehenden Zielen der Umweltschutz koordiniert und umsetzorientiert eingebunden wird. (D)

Die Landesplanung führt auch nahtlos in die Abfallwirtschaftsplanung. Seit 1972 schreibt der Bundesgesetzgeber Abfallbeseitigungspläne vor. Bis auf den Regierungsbezirk Düsseldorf gibt es derartige Teilpläne für den Sonderabfallbereich nicht.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Dies ist ein großer Mangel und macht deutlich, daß im Bereich der Abfallwirtschaftsplanung geschlafen wurde. Die Hausmülldeponien laufen voll, ohne daß ausreichend neue Entsorgungsanlagen in Betrieb gehen. Standortfindungen und Standortentscheidungen für Abfallentsorgungsanlagen stoßen überall im Land auf Widerstand. Die Versäumnisse der Vergangenheit werden immer deutlicher erkennbar. Der Mülltourismus - Herr Minister, Sie bezweifeln, daß es so etwas in Nordrhein-Westfalen gibt - findet

(Stump (CDU))

- (A) innerhalb des Landes nicht zuletzt aufgrund der entstehenden Notsituationen vermehrt Freunde und Zuspruch.

Der Streit zwischen den Gebietskörperschaften ist voll entbrannt. Und was ganz schlimm ist - um das erneut zu betonen -: Rot-Grüne Bündnisse machen ihre Ablehnung zu Standortentscheidungen vertraglich klar.

(Minister Matthiesen: Und die CDU auf der anderen Seite?)

Der Müllentsorgungsnotstand droht nicht nur, er ist konkret da.

- Herr Minister, das kann man natürlich lächelnd mit einer Handbewegung abtun. Es ist ja aber auch Ihnen nicht verborgen geblieben, daß es Städte und Gemeinden gibt, die Koalitionsverhandlungen davon abhängig machen, indem sie sich klar und deutlich gegen Standorte und gegen die Einrichtung von Anlagen aussprechen. Ich meine, es ist ein starkes Stück, wenn Sozialdemokraten hier im Landtag mit dem Minister eine andere Sprache sprechen als im Parlament vor Ort. Diesen Widerspruch können Sie auch mit Ihrer Handbewegung nicht lösen.

(Zuruf von der CDU: Ein schwaches Stück!)

- (B) Ungeachtet dieser katastrophalen Entwicklungen im Industrieland Nordrhein-Westfalen ist der zuständige Umweltminister erfreut darüber, wenigstens in der Presse lesen zu können, daß er vor Ort kämpferisch aufgetreten ist.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr gut!)

Aber, lieber Herr Minister, das reicht nicht. Es reicht auch nicht, wenn Sie hingehen und vollmundig erklären: Am 1. November will ich die Abfallentsorgungskonzepte kennen; wenn nichts Vernünftiges kommt, ordne ich die Standorte an! Nun ist mir nicht bekannt, daß Sie am 1. November einen Standort angeordnet hätten. Also: Muskelspielerei, Worthülsen. Herr Minister, dies ist zu wenig, und ich sage Ihnen, daß dies auch vor einem anderen Hintergrund zu wenig ist.

Wir haben Ihnen nachgewiesen, daß in der Abfallbeseitigungsplanung bei den Regierungsbezirken in den Abfalldezernaten maximal, wenn man die Bruchstellen zusammenrechnet, vier Personen tätig sind. Sie haben einen Schritt nach vorne getan, indem Sie 17 neue Stellen eingerichtet, diese aber auf Zeit begrenzt haben. Auf diese Stellen müssen Sie qualifizierte Fachingenieure berufen. Glauben

- (C) Sie etwa, daß Sie qualifizierte Fachingenieure bekommen, wenn deren Arbeitsverhältnis am 31. Dezember 1992 endet? Nein, das ist der falsche Schritt. Sie bekommen mit Sicherheit keine qualifizierten Fachingenieure, weil der Markt draußen bessere Arbeitsmöglichkeiten anbietet. Warum greifen Sie nicht den Gedanken auf, diese Art von Abfallbeseitigungsplanung an fach- und sachkundige Ingenieurbüros abzugeben? Dies wäre eine Lösung, die der Sache dienen würde und auch für die Zielorientierung nützlich wäre.

Wenn man schon Abfallentsorgungsstandorte nicht haben will, warum kommen Sie denn nicht auf die Idee, ein Gesamtkonzept unter ökologischen Gesichtspunkten für das jeweilige Kreisgebiet zu entwickeln und finanzielle Anreize für andere Umweltmaßnahmen zu geben? Ich sage das aus folgendem Grund:

Es gibt Maßnahmen - ohne einen direkten Vergleich anführen zu wollen -, um die sich Gemeinden und Standorte reißen, z. B. um Schulstandorte. Da gibt es den Finanzausgleich, nach dem diejenigen Gemeinden belohnt werden, die die Umlandgemeinden mit versorgen.

Nun spreche ich in dem Zusammenhang nicht vom Finanzausgleich des GFG; aber es muß wirklich einmal überlegt werden, daß für die Gebietskörperschaft, die besondere Lasten zu tragen bereit ist, auch ein entsprechender Ausgleich, ein entsprechender Anreiz begleitend einhergeht.

(D) Herr Minister, es ist zu beklagen, daß die Landesplanung nicht - wie in Hessen oder in Bayern - eine Pflichtbindung für die Abfallbeseitigungsplanung beinhaltet. Auch hierüber müssen Sie nachdenken, um in den Abwägungsprozeß bei der Standortentscheidung oder Standortfindung auch die Abfallbeseitigungsplanung mit einer rechtlichen Wertstellung einzubinden.

Fragen über Fragen, die nicht beantwortet werden. Die Zeit, in der gehandelt werden mußte, wurde verschlafen. Es besteht nunmehr die große Gefahr, daß auch Sie, Herr Minister Matthiesen, wegen Ihres Nichthandelns in der Abfallentsorgung wie Ihre Vorgänger an diesem Thema scheitern, weil Sie die Abfallentsorgungsplanung nicht in den Griff bekommen.

Allerdings bedaure ich, daß Sie dabei allein stehen. Bei der Bedeutung der Abfallwirtschaftsplanung müßte an Ihrer Seite als erster der Ministerpräsident stehen. Ich kenne aber kaum eine Rede dieses unseres Ministerpräsidenten, mit der er vor Ort

(Stump (CDU))

- (A) auftritt und in der Weise für Abfallentsorgungsstandorte "fightet", wie Sie dies tun. Ich habe auch eine Begründung dafür, warum er dies nicht tut: Die Abfallbeseitigungsplanung und die Standortfindung kann man nicht mit Harmonie lösen, sondern man muß den Zielkonflikt lösen. Wir sind bereit, Ihnen dabei über das Landesparlament zu helfen. Sie müssen aber auch die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen oder Instrumentarien in einer Weise schaffen, daß wir Ihnen dabei folgen können.

Ich darf aber feststellen: Diese SPD-Landesregierung hat in der Abfallentsorgungsplanung versagt.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren! Die Reinhaltung unserer Gewässer ist ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet. Vieles ist dank der engagierten Gemeinden erreicht worden; ebenso vieles bleibt aber auch noch zu tun. Der Zustand unserer Fließgewässer hat sich, besonders hinsichtlich der Schwermetallbelastung, gebessert. Die Botschaft des Umweltministers aber, im gesamten Lande sei die Gewässergüte 1 bis 2 erreicht, ist falsch; denn wir wissen: Viele Fließgewässer sind noch sehr stark belastet. Hier sind noch enorme Aufwendungen der örtlichen Gebietskörperschaften notwendig, um einen befriedigenden Zustand herzustellen.

- (B) Verschwiegen wird auch der wahre Zustand unserer kommunalen Kanalsysteme und der zahlreichen Hauskanal-Anschlußleitungen. Hier versickern nach Einschätzung von Fachleuten bis zu 40 % ungeklärter Abwässer in den Boden und gefährden das Grund- und Trinkwasser. Viel zu spät wurde diese Altlast besonderer Art erkannt und ihr gegengesteuert.

Erschreckend ist die Erkenntnis, daß sich das Land bei den vielen Investitionen im Abwasserbereich nur minimal beteiligt. Die Gemeinden, die Bürger des Landes und der Bund leisten dagegen eine hervorragende Beteiligung, insbesondere was den finanziellen Einsatz anbetrifft.

Herr Minister, Ihre Mitarbeit ist auch auf einem anderen Terrain gefordert, nicht nur auf dem Terrain der Zustandsbeschreibung oder des Preisens von Erfolgen bei der Darstellung von Teilaspekten. Nein! Wir müssen hier zwei besondere Lasten feststellen: Auf der einen Seite meine ich die Sanierung von Altkanälen. Hier spreche ich insbesondere die städtischen Verflechtungsbereiche und speziell die Rhein-Ruhr-Schiene an. Auf der anderen

Seite meine ich aber die besonderen Belastungen im ländlichen Raum, wo wir erkennen müssen, daß die Abwassergebühren ins Uferlose davongaloppieren.

(Zustimmung des Abg. Neuhaus (CDU))

Nun muß ich ganz ehrlich sagen: Ich war recht glücklich darüber - und die CDU-Fraktion insgesamt war es auch -, als wir uns im Umweltausschuß auf ein Verfahren geeinigt haben, daß wir einmal weg von jeglichem Parteienstreit, ausschließlich an der Sache orientiert, auch im Interesse des ländlichen Raumes nach einem Lösungsweg suchen, an dessen Ende die Frage steht: Können wir uns einigen oder nicht, oder können wir soviel durchsetzen, daß auch wir als CDU damit letztendlich noch leben können?

Wir müssen leider feststellen, daß unsere Kollegen im Umweltausschuß bzw. insbesondere im Ausschuß für Landwirtschaft und Forsten - ich spreche jetzt nicht Sie an, Herr Minister - auf Zeit setzen. Wir aber glauben, daß wir keine Zeit mehr haben; denn die Gemeinden legen schon zum Ende dieses Jahres die Kanalbenutzungsgebühren fest. Und wenn ich ins Land hineinhorche, bekomme ich sehr deutlich mit, in welchem rasanten Tempo die Abwassergebühren im ländlichen Raum weiter nach oben gehen. Die Gegensteuerung ist gefragt. Ich bitte um Ihre Mithilfe!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weitere Sorgen bereiten die in unserem Lande vorhandenen Altlasten. Annähernd 19 000 altlastenverdächtige Flächen sollen es nach der Schätzung von Fachleuten sein. Über die Gefahrenabschätzung eines geringen Teils hinaus ist wenig geschehen. Grund- und Trinkwasser werden auch hierdurch belastet. Einer kritischen Bewertung alter Deponiestandorte geht man weitgehend aus dem Wege, obgleich der Regierungspräsident von Köln deutlich macht, daß jede Altdeponie im Grunde genommen eine "ökologische Zeitbombe" ist.

Wenn dies alles also so ist, haben wir uns diesem Thema zu stellen und haben mehr zu tun als das, was jetzt schmalspurig über den Haushalt gefahren wird.

Die Luft ist sauberer geworden. Darüber gibt es keinen Zweifel. Es zeigt sich einmal mehr, welchen Beitrag hierzu die bundesrechtlichen Vorgaben der Großfeuerungsanlagen-Verordnung und der TA Luft geleistet haben.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Stump (CDU))

- (A) Dabei sollte<sup>3</sup> auch nicht verschwiegen werden, daß die Industrie diesen gesetzlichen Auftrag erfüllt und die Investitionen bezahlt. An dieser ergebnisorientierten Feststellung ändert auch nichts das wiederholte Auftreten des Umweltministers vor Ort, um eine weitere Entschwefelungsanlage per Knopfdruck in Gang zu setzen. Dies ist das äußere Bild. Die inneren Zusammenhänge sind so, daß die Industrie, insbesondere die Großindustrie, einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, weil sie einen gesetzlichen Auftrag, vorgegeben durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, erfüllt.

Wir danken der Industrie für diese große Kraftanstrengung und hoffen, daß die TA Luft konsequent umgesetzt wird.

Besonderes Gewicht kommt dem Umweltproblem "Aufheizung der Erdatmosphäre" zu. Herr Minister, dies wird das Umweltproblem der Zukunft sein!

(Zustimmung bei der CDU)

Hier geht es wirklich existentiell um Lebensgrundlagen. Ich glaube, es ist gar nicht verkehrt, wenn sich das Kohleland Nordrhein-Westfalen diesem Thema ganz besonders stellt, um deutlich zu machen, daß es einen Weg geben muß, die CO<sub>2</sub>-Probleme zumindest in der Weise in den Griff zu bekommen, daß wir Minimierungseffekte erreichen. Wir müssen damit ein Beispiel auch für andere Industrieländer und für andere Nationen geben, diesem Faktor CO<sub>2</sub> entgegenzuwirken, der unsere Lebensgrundlagen so grundsätzlich verändern kann wie kaum ein anderer, den wir im Bereich des Umweltschutzes diskutieren.

(B)

(Dr. Pohl (CDU): Auch Matthiesen muß seinen Solidarbeitrag leisten!)

Die CDU-Fraktion legt großen Wert auf eine Weiterverfolgung des Themas "Verbesserung der Innenraumluft". Unsere Menschen dürfen in ihren Wohnungen und an ihren Arbeitsplätzen nicht schlechteren Luftverhältnissen als im Außenluftbereich ausgesetzt werden.

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Kollege Stump, kommen Sie zum Schluß. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Stump (CDU): Ja! - Wir erwarten hier von der Landesregierung umgehend ein entsprechendes Handlungskonzept.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Der Umweltetat entspricht nicht den Anforderungen an einen Umweltschutz, der

sich an der Zielsetzung festmacht, das Land Nordrhein-Westfalen ökologisch und ökonomisch beherzt fortzuentwickeln. Es ist eine Schmalspurlinie, die hier gefahren wird. Wir haben viele Verbesserungsvorschläge unterbreitet, nicht zuletzt bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr, indem wir die gesamten Strukturhilfemittel eingesetzt wissen wollten. Die Mehrheit dieses Hauses folgt uns auf diesem Wege nicht. Wir bedauern das; wir bedauern das auch in diesem Jahr im Rahmen der Beratung des Umweltetats, und wir stellen hiermit fest, daß wir dem Umweltetat im Einzelplan 10 unsere Zustimmung nicht geben werden.

(C)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Strehl das Wort. Bitte sehr!

Strehl (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist dies die fünfte Haushaltsdebatte zum Einzelplan 10 in der laufenden Legislaturperiode,

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

und ich glaube, daß es sinnvoll und zweckmäßig ist, über das, was sich in den letzten fünf Jahren im Bereich des Umweltschutzes getan hat, kurz Bilanz zu ziehen.

Ich möchte das zunächst einmal an zwei wichtigen Punkten festmachen:

(D)

Erstens! Wir sind in der Umweltpolitik in den letzten fünf Jahren ein erhebliches Stück weitergekommen. Ihr Zerrbild, Herr Stump, kann daran überhaupt nichts ändern; ich werde das gleich noch beweisen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

In den Sachen ökologischer Erneuerung ist Nordrhein-Westfalen nicht nur führend - unser Land ist Motor der Umweltpolitik im gesamten Bundesgebiet.

Zweitens! In der Umweltindustrie- und technologie hat Nordrhein-Westfalen eine eindeutige Spitzenposition.

So läßt sich also ohne Übertreibung, aber mit ein wenig Stolz sagen: Die ökologische und ökonomische Erneuerung in unserem Lande funktioniert.

Man muß es noch deutlicher sagen: Die konsequente Schwerpunktbildung auf den Feldern "industrielle Modernisierung" und "Verbesserung der Umwelt" hat sich für unser Land

(Strehl (SPD))

- (A) In ausgesprochen positiver Weise ausgezahlt. Dies läßt sich anhand eindrucksvoller Bilanzen auch beweisen.

(Schauerte (CDU): 650 000 DM!)

- Herr Schauerte, demgegenüber ist Ihre Umweltpolitik von Zögerlichkeit und Halbherzigkeit geprägt.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Die vielen Diskussionen im Umweltausschuß und auch hier im Plenum zeigen dies ganz deutlich. Bei allen wichtigen Gesetzesinitiativen, meine Herren von der CDU in erster Linie, haben Sie sich entweder gesperrt oder aber konterkarierende, oftmals wenig konstruktive Beiträge geleistet.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Beispiele hierfür sind die Diskussionen um das Abfallentsorgungs- und das Altlastensanierungsgesetz, aber auch Ihre Haltung zur Novellierung des Landeswassergesetzes und des Landesabfallgesetzes.

(Widerspruch des Abg. Schauerte (CDU))

Diese Halbherzigkeit, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie offensichtlich der Bonner Umweltpolitik entlehnt, die eindeutig ähnliche Züge aufweist.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte Herrn Töpfer hier gar nicht sein persönliches Engagement absprechen. Aber entweder kommt er stets zu spät oder aber das, was bei seinen Vorschlägen herauskommt, ist halbherzig und entspricht nicht den ökologischen Erfordernissen.

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Das war so, werter Herr neuer Kollege im Ausschuß, bei der Schadstoffreduktion bei Kraftfahrzeugen; das war so bei der geradezu peinlichen Diskussion um das Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen.

(Dr. Pohl (CDU): 1969 bis 1982 in Bonn nichts getan! - Weitere lebhaftes Zurufe von der CDU)

- Es bleibt dabei: In Nordrhein-Westfalen haben wir, d. h. die Sozialdemokraten als erste die entscheidende Bedeutung des Umweltschutzes in eine allgemeine politische Handlungsgrundlage, d. h. in das Konzept

der ökologischen und ökonomischen Erneuerung eingebracht. Daß Sie das aufregt - und das zeigen Ihre Zwischenrufe -, kennzeichnet die Richtigkeit der von mir dargestellten Überlegungen.

(C)

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

- Seien Sie doch einmal ruhig, Herr Pohl!

(Zuruf von der SPD: Er muß seine Erfahrungen .....)

- Ja, das glaube ich auch: Er muß seine Kölner Erfahrungen hier reflektieren. Herr Pohl, seien Sie bitte einmal ruhig. Sie können sich hier ja gleich durchaus an der Diskussion beteiligen und Ihren Sachbeitrag dazu leisten.

(Dr. Pohl (CDU): Ja, gern!)

Der Haushaltsentwurf 1990 verfolgt nun konsequent die umweltpolitische Linie der vergangenen Jahre auf der von mir vorhin dargestellten Grundlage.

Zukunftsweisendes umweltpolitisches Prinzip orientiert sich vorrangig am Verursacherprinzip. Deshalb auch kommt diesem Prinzip eine zentrale Bedeutung zu.

Gestützt auf das Verursacherprinzip, wurde der Umweltschutz vor allen Dingen in den Bereichen Luftreinhaltung, Gewässerschutz und Bodenschutz erheblich nach vorn gebracht.

(D)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schauerte?

(Strehl (SPD): Aber gern!)

- Bitte, Herr Schauerte!

Schauerte (CDU): Herr Kollege Strehl, wie kann denn dann, wenn alles das, was Sie sagen, richtig ist, sein, daß nicht einmal ein Dutzend Ihrer Kollegen bereit ist, dies hier anzuhören?

(Zurufe von der SPD)

Strehl (SPD): Herr Kollege Schauerte, auch von Ihnen sind nicht wesentlich mehr Kolleginnen und Kollegen hier.

(Widerspruch bei der CDU)

Im übrigen kennen meine Kolleginnen und Kollegen die Erfolge der SPD-Umweltpolitik aus Fraktionsberatungen. Deshalb ist ihre Abwesenheit auch zu entschuldigen.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

(Strehl (SPD))

- (A) Ich sagte: Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung, des Gewässer- und des Bodenschutzes haben wir die Umweltpolitik erheblich nach vorn gebracht.

(Erneut lebhafte Zurufe von CDU und F.D.P.)

Dabei sind nicht nur die Ansätze in den öffentlichen Haushalten zu sehen, sondern insbesondere auch die Investitionen der Verursacher von Umweltbelastungen und -schäden wichtig.

Die Erfolge dieser Politik werden durch eindrucksvolle Bilanzen - ich sage das noch einmal, dann können Sie noch einmal Unruhe erzeugen - belegt. Ich nenne

erstens: der erfolgreiche Abschluß des Kraftwerksentschwefelungsprogramms. Durch die Entschwefelungsprogramme in Kraftwerken der öffentlichen Energieversorgung ist es gelungen, im Vergleich zu 1983 insgesamt 580 000 Jahrestonnen Schwefeldioxyd weniger zu emittieren; das sind über 70 %.

zweitens: die spürbare Reduktion der Stickstoffoxyde. Heute werden im Vergleich zu 1983 über 200 000 Jahrestonnen weniger emittiert. Am Ende des Entstickungsprogramms 1990, werden es über 350 000 Jahrestonnen weniger sein.

(Schauerte (CDU): Das ist der Unterschied zwischen Schmidt und Kohl!)

(B)

In beide Programme - Entschwefelung und Entstickung - hat die Wirtschaft aufgrund strenger Grenzwertanforderungen mehr als 10 Milliarden DM investiert.

drittens: die konsequente Umsetzung der Technischen Anleitung Luft. Bis heute wurden über 1 000 genehmigungsbedürftige Industrieanlagen umwelttechnisch nachgerüstet. Bis 1996 wird dies in 3 000 weiteren Anlagen geschehen. Dies alles führt zu Investitionen in der Industrie von rund 6 Milliarden DM. Gleichzeitig werden in Nordrhein-Westfalen 1 100 Meßeinrichtungen geschaffen, um die zeitnahe Schadstoffüberwachung noch weiter zu verbessern.

viertens: die deutliche Verbesserung der Wasserqualität. Auch hier fällt die Entwicklung in den letzten Jahren beeindruckend aus. Der Anschlußgrad an die öffentliche Abwasserbeseitigung liegt bei 96 %.

(Zuruf von der CDU: Bundesweit!)

- Jetzt hören Sie mal zu, meine Damen und Herren! Ich sehe, daß Sie sehr unruhig sind.

Die Reduzierung der Schwermetalle im Rhein beträgt 85 %. Rund 95 % der etwa 70 000 km Fließgewässer können - und da muß ich Ihnen widersprechen, Herr Stump - in die Güteklassen 1 und 2 eingeordnet werden. Das heißt, sie sind entweder gar nicht oder nur relativ schwach belastet.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Menge?

Strehl (SPD): Im Augenblick nicht, Herr Präsident! Ich möchte fortfahren, sonst reicht die Zeit nachher nicht.

(Kruse (CDU): Jetzt wird er nervös!)

- Weniger nervös! Sie können offensichtlich die erfolgreiche Bilanz nicht vertragen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Schadstoffbelastungen, Herr Ruppert, wurden drastisch reduziert - Sie wissen das aus Ihrer Tätigkeit als Einzelkämpfer im Ausschuß sehr wohl -: bei Kupfer z. B. um rund 90 %, bei Chrom um 80 %, bei Zink um 81 %.

Das 1989 aufgelegte NRW-Gewässerschutzprogramm steigt 1990 auf ein besonders hohes Investitionsniveau - und dafür sind wir sehr dankbar -, nämlich auf 622 Millionen DM.

(Zuruf des Abg. Ruppert (F.D.P.))

(D)

Dies zeigt: Die auf das Verursacherprinzip setzende Umweltpolitik zahlt sich in der Tat für die Umwelt aus. Umweltpolitik wird jedoch auch mitbestimmt von der Finanzausstattung der öffentlichen Hände, vor allem dort, wo der Verursacher direkt oder indirekt nicht mehr herangezogen werden kann.

Hieraus ergeben sich die ökologischen Schwerpunkte des Umwelthaushalts für 1990. Als Beispiele möchte ich erwähnen: Abwassermaßnahmen, Abfallwirtschaft, Altlastensanierung und Grundstücksmobilisierung, die Einrichtung des Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Der Schwerpunkt des Umwelthaushalts des Jahres 1990 liegt eindeutig im Abwasserbereich. Für die Förderung kommunaler Abwassermaßnahmen sind insgesamt 332 Millionen DM vorgesehen. Darüber hinaus sind zur Förderung der Kanalsanierung 290 Millionen DM ausgewiesen, die sich in der Tat aus den Strukturhilfemitteln des Bundes finanzieren.

(Strehl (SPD))

- (A) Das Investitionsprogramm - hier kommt es auf die Findigkeit der Umweltpolitik an - des Gewässerschutzprogramms beträgt für die nächsten 10 Jahre, wie Sie ebenfalls aus der Beratung des Umweltausschusses wissen, rund 50 Milliarden DM.

(Stump (CDU): Wieviel Landesmittel?)

Die Städte und Gemeinden sollten jetzt administrativ und finanziell alles tun, um möglichst schnell mit Hilfe der Strukturmittel die Sanierung der Kanalsysteme voranzutreiben.

(Schauerte (CDU): Der Bundesstrukturhilfe!)

Herr Stump, Sie haben vorhin die große Differenz zwischen den Abwassergebühren in ländlichen Bereichen und zum Beispiel denen des Ruhrgebietes beklagt.

(Schauerte (CDU): Für die Städte sind Sie fix, für das Land tun Sie nix!)

- Herr Schauerte, Sie können gleich sprechen oder eine Frage stellen; ich werde sie gerne beantworten, um Ihren Wissenshorizont zu erweitern. Aber seien Sie etwas ruhiger!

Herr Stump hat zu Recht gesagt: Es klafft eine große Differenz. Das ist völlig klar. Aber Sie verkennen dabei, daß wir im Ausschuß versucht haben, in sachlicher, unideologischer Weise vernünftige Maßstäbe zu setzen, wie wir die Mittel für die Kanalsanierung ausgeben können. Wir haben da auch die 10prozentigen Belastungen und Entlastungen vorgenommen, beispielsweise dort, wo eine sehr starke Vorbelastung durch Kriegseinwirkung oder durch umhergehenden Bergbau entstanden ist. Dort gab es eine Verstärkung um 10 %. Und die Gemeinden, die eine Lastzahl nicht erreichten, haben eine Reduktion von 10 % hinzunehmen. Dies muß vor dem Hintergrund gesehen werden, daß wir versuchen, langsam aber sicher mittelfristig eine Nivellierung der Abwassergebühren zu bekommen. Ich glaube, da sind wir gemeinsam durchaus auf dem richtigen Weg.

Im Abfallbereich sind im Haushalt 1990 für die Entwicklung moderner Vermeidungs-, Verwertungs- und Behandlungstechnologien rund 28 Millionen DM veranschlagt. In diesem Bereich muß aber darauf geachtet werden, daß schon bei der Produktion alle Möglichkeiten der Vermeidung, der rohstoffschützenden Verwertung und der umweltschonenden Beseitigung beachtet werden.

Für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist aber auch der Ausbau einer

leistungsfähigen Infrastruktur wichtig. Ich teile, Herr Stump, einige der von Ihnen geäußerten Überlegungen, daß die Gemeinden nur sehr zögerlich bereit sind, entsprechende Anlagen zu bauen oder zu planen. Aber Sie sprechen von der Blockade der rot-grünen Gemeinden, wie Sie gesagt haben. Wie verhalten sich denn die CDU-Gemeinden bei ähnlichen Projekten? Herr Kruse, denken Sie doch einmal an die Sondermülldeponie in Ochtrup, wie da die Reaktion der einzelnen Parteien ist! Auch die CDU ist dort erheblich gegen eine solche Deponie.

(Zustimmung des Abg. Sieg (SPD))

Also, es geht nicht nur immer zu Lasten von rot-grün; auch hier ist eine Blockadepolitik ohne jede Begründung erkennbar.

(Minister Matthiesen: Die sind alle gleich!)

- Genau! Deswegen müssen wir nach Möglichkeiten suchen, wie wir diese Blockademöglichkeit oder dieses Florians-Prinzip durchbrechen können. Da sind die Ansätze, die Sie hier gemacht haben, Herr Stump, durchaus erwägenswert: nämlich z. B. durch Anreize die Möglichkeit zu schaffen, hier eine verstärkte und auch zügigere Planungspolitik zu betreiben. Das sind Überlegungen, die wir einmal vertiefen sollten, ob wir nicht in der Tat zu solchen Anreizen kommen. Ich halte da Ihren Vorschlag für ausgesprochen diskussionswürdig.

Nicht so Ihre Überlegung, solche Dinge privatwirtschaftlichen Überlegungen anheim zu stellen. Ich glaube, da gibt es in der Bevölkerung Skepsis; zumindest größere Skepsis gegenüber privaten Betrieben, als wenn das die öffentlich-rechtlichen Körperschaften machen.

(Schauerte (CDU): Das ist aber ein typisch sozialistischer Ansatz!)

- Das ist zumindest in den Ruhrgebietsstädten so, von denen Sie, Herr Schauerte, natürlich keine Ahnung haben. Das ist kein sozialistischer Ansatz.

Der Bürger, zumindest in den Bereichen des Ruhrgebietes, ist beruhigter, wenn er solche sensiblen Fragen - gerade was die Gebührenhaushalte angeht - von öffentlich-rechtlichen Körperschaften geregelt bekommt als von privaten. Bestimmte Gründe lassen diese Befürchtung durchaus als gerechtfertigt erscheinen.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der ökonomischen und ökologischen Erneuerung

(Strehl (SPD))

- (A) haben die Altlastensanierung und die Grundstücksmobilisierung eine besondere Bedeutung.

Diese Aufgaben bedürfen der konzentrierten politischen, administrativen und planerischen Kraftanstrengung der Privaten und der Kommunen. Strukturpolitik und Freiraumschutz verlangen gleichermaßen die Reaktivierung brachliegender Industrieflächen für neue Nutzungen. Dies erfordert den Einsatz beträchtlicher öffentlicher Mittel. Der Haushaltsansatz 1990 beträgt 45,5 Mio DM und ist im Einzelplan 14 in einer Höhe von 25,5 Mio DM veranschlagt. Im Einzelplan 10 werden 9,75 Mio DM Landesmittel und 10,2 Mio DM Strukturhilfemittel bereitgestellt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß diese Mittel ausreichen.

Alle von den Kommunen beantragten förderfähigen Maßnahmen konnten in den Jahren 1985 bis 1989 mit den bereitgestellten Mitteln bedient werden.

Im Kapitel 10 020 ist für 1990 ein Ansatz von 2 Mio DM für das Institut Klima, Umwelt, Energie mit Sitz in Wuppertal vorgesehen. Dies soll keine Forschungseinrichtung üblicher Art werden. Das Institut wird an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und praktischer Umsetzung arbeiten. Es soll im und für das Energieland Nordrhein-Westfalen umsetzbare Handlungsstrategien für die Politik entwickeln.

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Strehl, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit hinweisen.

Strehl (SPD): Ja, ich bin auch gleich fertig. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf einen Aspekt noch besonders herausstellen, weil er ebenfalls für uns wichtig ist und weil er in unser Programm zur Entwicklung der Ökologie und Ökonomie hineinpaßt.

Industrielle Entwicklung und moderne Umweltpolitik bedingen einander. Die Umweltindustrie hat sich in den letzten Jahren außerordentlich positiv entwickelt. Nordrhein-Westfalen hat hier - ich sagte es zu Beginn bereits - eine Spitzenposition. Bei uns gibt es über 600 überregional bedeutsame Umweltschutzbetriebe mit einem Angebot von etwa 900 verschiedenen umwelttechnischen Verfahren. Über 100 000 Arbeitnehmer sind direkt in der Umweltgüterproduktion beschäftigt, und dies - das ist besonders erfreulich - mit steigender Tendenz. Die Produktionsschwerpunkte sind dabei Luftreinhaltung, Abwassertechnik, Abfall- und Recyclingtechnik, die Energieeinsparung und -rückgewinnung sowie der Schallschutz.

Interessant ist hierbei, daß über 80 % der Betriebe in der Größenklasse bis zu 500 Arbeitnehmern sind, also typisch mittelständische Betriebe, die sich durch eine besondere technische Flexibilität auszeichnen.

An Technologien kommen die Biotechnologie, die Werkstofftechnologie, Energietechnik, Lasertechnik und Mikroelektronik zur Anwendung.

Daß diese innovativen Umweltbetriebe weltweit gefragt sind, zeigen die Verkaufserfolge. Die Umweltmesse ENVITEC genießt hohe internationale Anerkennung und zeichnet sich durch eine rasante Entwicklung aus, von der wir uns mehrfach überzeugen konnten.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Strehl, ich bitte Sie, jetzt zum Schluß zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit erheblich überschritten.

Strehl (SPD): Dies bezieht sich nicht nur auf den steigenden Umfang der Messen, sondern in erster Linie auf die dort getätigten Abschlüsse.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß noch vier Punkte:

(Stump (CDU): Ich habe meine acht Punkte herausgestrichen! - Unruhe bei der CDU)

Erstens: Der Erfolg von fünf Jahren Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen ist, daß der strukturelle Wandel beschleunigt wird und die Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden.

Zweitens: Die Umwelt bleibt lebensfähig.

Drittens: Nordrhein-Westfalen wird bald zum saubersten und grünsten Industrieland vergleichbarer Ballungsgebiete.

Viertens: Die Bürger - das ist das Wichtigste - können weiterhin ihr Vertrauen in einen Staat setzen, der für die Umwelt vorsorgt und die Lebensgrundlagen schützt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abg. Ruppert, ich erteile Ihnen das Wort für die Fraktion der F.D.P.

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Matthiesen, es gibt Menschen in unserem Lande, bei denen Sie sich offenbar hoher Wertschätzung erfreuen.

(Hunger (SPD): Viele!)

(C)

(D)



(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Das sind DIE GRÜNEN; die haben sie nämlich für den kommenden Landtagswahlkampf zu Ihrem Hauptgegner auserkoren.

(Minister Matthiesen: Das ist doch logisch.)

Auf die entsprechende Frage "Warum gerade Sie?", hat deren Spitzenkandidatin - ich darf das zitieren - gesagt:

Wenn wir dies personifizieren, wird sicherlich die Person des sogenannten Landesumweltministers Klaus Matthiesen eine große Rolle in unserem Wahlkampf spielen, der ja überall gegen den Willen der Bevölkerung den Bau von Müllverbrennungsanlagen durchsetzen will.

Herr Minister Matthiesen, aber in dieser Auseinandersetzung - das sage ich hier sehr deutlich - kämpfen wir Seite an Seite; denn hier hat eine Gruppe die Industriegesellschaft als ihren Hauptgegner erkannt und versucht, an deren schwachem Punkt anzusetzen. Hier sind wir aufgerufen, gemeinsam für die weitere Entwicklung von Wirtschaft und Industrie einzutreten.

Herr Minister Matthiesen, aber dort, wo Sie sich selbst überheben, können Sie nicht auf unsere Unterstützung hoffen. Selbst der Westdeutsche Rundfunk - im allgemeinen ja nicht sehr unfreundlich mit Ihnen - hat schon gemerkt - Originalton WDR 3 - "Erfolgsbilanzen präsentiert Klaus Matthiesen am liebsten". Und in der Tat: Da wird ja mit Worten nicht gegeizt. Wir haben es eben von Herrn Kollegen Strehl gehört: Das grünste Industrieland der Welt soll Nordrhein-Westfalen werden. In Umweltschutz - so sagen Sie immer wieder, Herr Minister Matthiesen - sei Nordrhein-Westfalen führend. Von der ökologischen Erneuerung ist pausenlos die Rede.

Aber wo ist denn in den letzten fünf Jahren diese große ökologische Erneuerung in Nordrhein-Westfalen erfolgt? Was ist dafür getan worden, was erkennen wir in diesem Haushalt an neuen Akzenten? Natürlich - das kann niemand bestreiten -: Die Luft an der Ruhr, auch am Rhein, in Nordrhein-Westfalen insgesamt ist sauberer geworden.

(Zuruf von der SPD: Auch in Wuppertal!)

- Auch in Wuppertal. - Bei wichtigen Schadstoffen gibt es Rückgänge von über 50 Prozent, ja, von über 70 Prozent. Aber haben das denn Klaus Matthiesen und die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ganz allein

- geschafft? Was waren denn die Voraussetzungen? Die Voraussetzungen waren doch die TA Luft und die Großfeuerungsanlagen-Verordnung der Bundesregierung. (C)

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Hunger (SPD): Die Bundesregierung produziert nur heiße Luft! - Zurufe von der CDU)

Da, wo Sie ganz allein wirken durften, wie zum Beispiel beim Kraftwerk von Ibbenbüren, da haben Sie doch die Entwicklung verpennt. Da mußte Ihnen doch erst die Opposition auf die Sprünge helfen.

(Erneut Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Zuruf von der SPD: Ganz neue Aspekte!)

Natürlich, Herr Minister, wollen auch wir, daß im Rhein wieder Lachse schwimmen. Das ist ja ein Ziel, daß nicht Sie erfunden haben, sondern dazu gibt es längst in internationalen Gremien Abkommen und Absichten. Aber was haben Sie eigentlich getan, damit dieses Ziel auch erreicht werden kann? Denn das hat doch Voraussetzungen. Es hat die Voraussetzung, daß man sich über bestimmte Qualitätsziele einigt, sie für alle Beteiligten verbindlich macht. Nur so läßt sich ein so hohes Ziel erreichen, einen so empfindlichen Fisch wie den Lachs wieder anzusiedeln - und das ist ja auch nur ein Symbol für die Reinheit des Flusses.

- Wir bräuchten einen Bewirtschaftungsplan für den Rhein. Dafür müßten Sie sich einsetzen, auch mit den anderen Anliegerstaaten. Hier haben wir Ihre Initiative nicht gesehen. (D)

Die finanziellen Ausgaben für die Abwasserentsorgung sind genannt worden. Hier hatte ja schon die Mikat-Kommission festgestellt: Es gibt einen erheblichen Nachholbedarf, es gibt auch eine erhebliche landespolitische Aufgabe. Natürlich finden sich in diesem Haushalt höhere Ausgaben. Aber dem steht doch gleichzeitig gegenüber, daß die Zuschüsse für die Kommunen, wo ja der Bedarf für die Kanalsanierung und die Verbesserung der Kläranlagen besteht, gegenüber früher sehr viel niedriger geworden sind. Hier wird nur noch mit der Gießkanne mit dem ganz dünnen Strahl über das Land gegangen. Wenn Sie jetzt in unserem Haushalt so hohe Sätze finden, dann doch nur deswegen, weil der Bund gesagt hat, daß die Strukturhilfemittel insbesondere für diesen Bereich ausgegeben werden sollen, nicht weil das Land selbst das getan hat.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU - Dr. Pohl (CDU): Die schmücken sich wieder einmal mit fremden Federn!)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) Wo bleibt eigentlich die Initiative, auch in diesem Bereich für mehr wirtschaftlichen Einsatz der Mittel zu sorgen, also beispielsweise Privatisierungen zu fördern, zu stärken, die Möglichkeiten der Kommunen in diesem Bereich zu verbessern? Auch hier Fehlanzeige!

Ein Schwachpunkt - so sagt jedenfalls die Mikat-Kommission; ich darf das hier zitieren - in fast allen Regionen ist die Sonder- und Industriemüllentsorgung. Wir haben das, ich weiß nicht, wie oft, hier in diesem Hause und auch schon im alten Landtag gemeinsam festgestellt. Sie fahren durch die Lande - und ich würdige das durchaus, Herr Minister - und kritisieren den Opportunismus vor Ort. Das ist richtig. Ich habe das eben schon gesagt: Da kämpfen wir gemeinsam. Ich kämpfe auch.

(Minister Matthiesen: Ihre Leute in Oberhausen machen eine Kampagne, Ihre Leute in Brilon machen eine Kampagne, --)

- Ihre Leute in Dortmund, Ihre Leute in Aachen! Was hat das denn für einen Sinn, wenn wir uns das vorhalten? Es macht nur Sinn, wenn wir selbst dorthin gehen und uns einsetzen.

(Minister Matthiesen: Das ist an Scheinheiligkeit nicht mehr zu übertreffen!)

- (B) - Die Scheinheiligkeit

(Zurufe von der CDU an Minister Matthiesen - Dorn (F.D.P.) (zu Minister Matthiesen): Sie haben keine Ahnung, was Ihre Genossen im Lande alles machen! - Minister Matthiesen: Die machen das auch so, leider! - Gegenrufe von der CDU und der F.D.P. - Zurufe von der SPD zur CDU und F.D.P. - Glocke des Präsidenten)

Die Scheinheiligkeit besteht doch nicht zuletzt darin, daß man nur durch die Lande reist und überall Zensuren erteilt, aber seine eigene Schulaufgaben nicht rechtzeitig macht.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Der Städtetag Nordrhein-Westfalen, Herr Minister, hat Ihnen das ja in seiner vornehmen Art und Weise gesagt. Er hat Ihnen in Bezug auf dieses Thema unter dem 11. August geschrieben, daß Sie überall die Gebietskörperschaften vor Ort kritisieren und Staatskommissare androhen, und hat Ihnen gesagt, vornehm formuliert:

.. können wir schon jetzt folgende Hinweise geben: (C)

Die Aufgabe der Erstellung von Abfallentsorgungsplänen liegt bei den Regierungspräsidenten bzw. für Abfallentsorgungsanlagen von überregionaler Bedeutung bei Ihnen.

Bei Ihnen! § 17 des Landesabfallgesetzes!

Soweit wir sehen, gibt es diese Pläne flächendeckend nicht.

Schulaufgaben nicht gemacht!

(Minister Matthiesen: Und wenn es sie gäbe, gäbe es Anlagen? - Ach so!)

Zweiter Satz des Städtetages:

(Minister Matthiesen: Und wenn es sie gäbe, gäbe es Anlagen?)

- Ich habe noch das Wort, Herr Minister.  
- Zweiter Satz des Städtetages:

Das Land hätte die Möglichkeit, Abfallentsorgungspläne notfalls für verbindlich zu erklären (§ 18). Das würde indessen voraussetzen, daß die Pläne erst einmal bestünden.

Schulaufgaben nicht gemacht!

(Zuruf von der CDU: Zwanzig Jahre versäumt! - Lachen des Ministers Matthiesen - Weitere Zurufe von der CDU) (D)

Der Städtetag weist auch auf die komplizierten Planungsverfahren mit den verschiedenen Ebenen hin:

Schon aus diesen Verfahrensverflechtungen folgt ein erheblicher und unvermeidbarer Zeitaufwand.

Der Städtetag sagt dann noch, es wäre auch wünschenswert, wenn die verschiedenen Institutionen und Ebenen des Landes immer mit einer Zunge sprächen.

(Zuruf von der SPD: Was sagen die denn?)

Das Land wäre doch hier - übrigens auch nach Ansicht der Mikat-Kommission - aufgerufen, überregionale Konzepte zu verfassen, Standorte sicherzustellen und - was ganz wichtig ist - mit den gesetzlichen Mitteln, die wir haben, dafür zu sorgen, daß die Planfeststellungsverfahren zur Errichtung der

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) notwendigen Anlagen gestrafft werden, damit diese Standorte schneller sichergestellt werden können.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Beschleunigung täte auch bei der Behandlung des Altlastenproblems not. Wir haben bei dem Hearing hier im Landtag festgestellt, wie ungeheuer lange die Planungs- und Realisierungsverfahren sind.

Die F.D.P.-Fraktion hat einen Antrag zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren eingebracht. Wir warten darauf, daß auch die Landesregierung ihren Beitrag leistet. Anders wird sich der ökologische Umbau, die ökologische Erneuerung in diesem Lande nicht vollziehen können.

Ministerpräsident Rau hat vor dem Landesparteitag der SPD gesagt, der Themenbereich Klima, Umwelt und Energie sei von der Landesregierung bereits in den Mittelpunkt des Diskurses gestellt worden. Ich würdige durchaus, daß der Ministerpräsident dort auch gesagt hat - das ist ein neuer Akzent - "Rationelle Energieverwendung, erneuerbare Energiequellen - das hat Vorrang".

Das ist richtig. Das ist ein neuer Akzent. Er hat gesagt, "das hat Vorrang auch vor der Festschreibung bestimmter Mengen heimischer Kohle." Es wird allerdings Zeit, daß diese einfache und wahre Tatsache auch einmal so deutlich in den Kohlerevieren selbst gesagt wird.

(B)

Die Landesregierung muß endlich einmal deutlich machen, was jetzt eigentlich noch gilt: der absolute Kohlevorrang, der relative Kohlevorrang oder der Vorrang bei der Einsparung und bei den erneuerbaren Energien? Auch auf dieses Konzept der Landesregierung warten wir.

(Zuruf des Abg. Eichhorn (SPD))

Der Ministerpräsident hat von unserem Land - so wie er es gerne tut - als einem wunderschönen Land gesprochen. Er hat gesagt - und das ist richtig -: "Es hat kein glattes Gesicht, es hat Narben und Wunden."

Zu diesen Narben und Wunden gehören sicherlich auch die Braunkohlegruben. Das war unvermeidlich und wird in gewissem Umfang auch in Zukunft unvermeidlich sein. Aber das Ziel muß doch sein, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD, nicht mehr eine möglichst hohe Menge von Abbau, möglichst viele Narben und Wunden in den Plänen festzuschreiben, sondern das Ziel muß doch sein -

auch wenn man etwas für das Klima in der Welt tun will, denn gerade der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der Braunkohle ist höher als bei allen anderen fossilen Energieträgern -, so wenig wie möglich abbauen zu müssen. Hier müssen Sie endlich einmal die Ziele korrigieren.

(C)

Sie haben die Leitentscheidung für die Braunkohle in dieser Legislaturperiode angekündigt. Auch das haben Sie wieder verschoben. Auch da ist die ökologische Erneuerung unterblieben.

Im übrigen hat auch Ihr Steinkohlekonzept - groß angekündigt - die Bewährungsprobe nicht bestanden. Das Beispiel Cappenberg zeigt sehr deutlich, daß im Zweifel eben doch der Ausgleich zwischen dem Kohlevorrang und den ökologischen und den Denkmalschutzbelangen nicht gelungen ist.

Ich begrüße das deutliche Wort, das Wirtschaftsminister Haussmann jetzt zur Energiepolitik gesprochen hat, daß sie sich nämlich künftig stärker ökologisch orientieren muß. Das muß sie gerade auch im Energieland Nordrhein-Westfalen. Auf diesen neuen deutlicheren Akzent warten wir noch.

Herr Minister, es ist eben schon angesprochen worden: Es gibt immer neue Institute und Institutionen unter dem Vorzeichen Umweltschutz in Nordrhein-Westfalen. Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß alles nach dem Motto geht: "Wer vieles bringt, wird allen etwas bringen" und besonders dorthin, wo die Wählerhochburgen der SPD sind.

(D)

So hat die Landesregierung angekündigt - es war sicher ein Zufall, 14 Tage vor der Kommunalwahl -, daß das Klimainstitut nach Wuppertal kommt. Da habe ich als Wuppertaler Abgeordneter natürlich nichts dagegen. Darüber freue auch ich mich. Aber zur Ehrlichkeit eines Politikers gehört doch auch, daß man hier feststellen muß, daß weder die Aufgabenschwerpunkte noch eine Strukturierung vorliegen noch konkrete Räumlichkeiten vorhanden sind. In Wahrheit ist nichts außer einer Ankündigung und einer Position im Haushalt vorhanden.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Es hat nicht viel anders beim Bodenschutzzentrum ausgesehen. Ich zitiere aus der Antwort, die Sie mir auf meine Kleine Anfrage gegeben haben:

Dem Bodenschutzzentrum obliegen insbesondere Konzeption und Dokumentation der Untersuchungs- und Forschungsvorhaben

(Ruppert (F.D.P.))

(A) auf dem Gebiet des Bodenschutzes. Zu den Grundlagen der Arbeit des Bodenschutzzentrums gehören die von den anderen Dienststellen ...

- da nennen Sie die Landesanstalt für Immissionsschutz, für Ökologie, für Landschaftsentwicklung und Forstplanung, für Wasser und Abfall usw. -

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Ruppert, wenn Sie - -

Ruppert (F.D.P.): Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Sie unterstreichen doch damit, daß auch dieses Bodenschutzzentrum auch wieder nur das zusammenfaßt, was in vielen Instituten erarbeitet wird. Wir meinen, es wird Zeit, daß wir hier zu mehr Ordnung und Zusammenfassung in der Vielfalt der Institute kommen, um die Arbeit zu vereinfachen, Doppelarbeit zu vermeiden und eine effektive Kooperation zwischen den Institutionen möglich zu machen.

Wir brauchen dringend ein einheitliches Landesamt für Umwelt in Nordrhein-Westfalen. Es ist ebenso dringend, daß endlich die Verwirrung aufhört, die in den Gewerbeaufsichtsämtern herrscht, seit Sie die Zuständigkeit auf zwei Ministerien aufgesplittet haben. So kann sich effizienter Umweltschutz nicht vollziehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Minister Matthiesen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nur 15 Minuten Zeit, und da es noch einen Landwirtschaftsteil gibt, ist es vielleicht gut, wenn ich an dieser Stelle schon ein paar Sätze zum Umweltschutz sage.

Es ist auch bei Ihnen - das merkt man ja an Ihrer vorsichtigen Rede heute - unbestritten, daß Nordrhein-Westfalen auf diesem Gebiet des Umweltschutzes führend ist. Es hat sich nicht nur bei unserer Opposition, sondern mittlerweile weltweit herumgesprochen, daß wir das Umwelttechnikland Nummer 1 sind. Ausländische Delegationen geben sich fast wöchentlich bei uns die Türklinken in die Hand, um sich Technologien anzuschauen, um sie selbst in Ihren Ländern einzuführen, um Kontrollsysteme zu besichtigen und effektive Umweltschutzverwaltung zu erleben.

Es kann überhaupt keinen Zweifel geben, daß wir große Fortschritte auf dem Gebiet der

Luftreinhaltung - die Zahlen hat Herr Kollege Strehl dankenswerterweise genannt - und auf dem Gebiet der Wasserpolitik haben, daß wir eine einzigartige Zusammenarbeit im Bereich des Naturschutzes zusammen mit der Landwirtschaft in die Wege geleitet haben, daß wir das erste europäische Land sind, das in diesem Jahr die Dünnsäureverklappung in der Nordsee beendet; ich könnte Ihnen eine halbe Stunde lang Stichworte dieser Art aufzeigen. Und eigentlich finden Sie diese Politik ja auch ganz gut. Daß Sie es nicht gern zugeben wollen oder, weil der Wahlkampf wieder vor der Tür steht - und einer steht ja immer irgendwo vor der Tür -, es auch nicht zugeben wollen, das ist Ihr gutes Recht als Opposition, das verstehe ich gut.

(C)

(Dr. Pohl (CDU): Sie müssen auch den Anteil des Bundes dazutun!)

Aber was ich zunehmend - Herr Pohl, und dies in aller Ernsthaftigkeit - nicht gut finde, und wir sollten es uns gegenseitig nicht mehr länger zumuten, ist diese, fast hätte ich gesagt, verfluchte Doppelstrategie, die lautet, daß, wenn es um hehre Grundsätze geht, die mit Entsorgung von Industriegesellschaft und ökologischer Neuorientierung von Industriegesellschaft zu tun haben, wir hier die Gemeinsamkeit beschwören, und wenn wir dann das Parlament verlassen und Gegenstand von Wahlkreisauseinandersetzungen und heftigen Diskussionen in den eigenen Parteien und mit Bürgerinitiativen sind, dann ist das alles wieder vergessen.

(D)

(Beifall bei der SPD - Dr. Pohl (CDU): Herr Minister, das haben Sie vor drei Jahren auch schon gesagt!)

Ich will Ihnen das an einem Beispiel deutlich machen, das mich deshalb so betrifft, weil es dort um eine Kernfrage geht.

Zusammen mit einer Bürgervereinigung hat die F.D.P. nach meiner Kenntnis zum Beispiel in Brilon gemeint, ein bereits genehmigtes Spanplattenwerk - also eine normale Industrieanlage, verbunden mit modernster Technologie, umfangreich geprüft, ausführliches Genehmigungsverfahren mit öffentlicher Auslegung - zum Gegenstand einer kritischen Untersuchungen von Wissenschaftlern machen zu sollen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Aber vielleicht könnte ich erst meinen Gedanken fortsetzen, dann gern, Herr Ruppert, und jederzeit!

(Minister Matthiesen)

(A) Dann werden Wissenschaftler

(Heldtmann (SPD): Sogenannte!)

aus München eingeladen, die landesweit bekannt sind, weil sie sich an jedem solchen Standort herumtummeln. Das wird garniert mit einem Rechtsanwalt, der die Republik Österreich gegen Wackersdorf vertreten hat. Es fliegen da noch ein paar andere ein. Und dann wird die Welt verrückt gemacht. Herr Kollege Ruppert, der sich hier hinstellt und sagt, "Herr Minister, ich stehe mit Ihnen Seite an Seite", hat im Umweltausschuß des Landtags Aufklärung verlangt und hat sie bekommen. Daß er sich dann aber einmal vor Ort hinstellt, weil er es jetzt besser weiß, um diese wildgewordenen Diskussionen auf ein erträgliches Maß und auf Sachlichkeit zurückzuführen, keine Spur!

(Strehl (SPD): Unerhört!)

Da sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, in aller Deutlichkeit: So geht es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich meine jetzt gar nicht den Kollegen Ruppert

(Widerspruch des Abg. Ruppert (F.D.P.))

(B) - nein, ich meine Sie jetzt nur, weil Sie vor mir geredet haben, aber nicht Sie als Person -, sondern ich meine uns alle, und ich schließe mich mit ein:

(Dr. Pohl (CDU): Sehr gut, sehr gut!)

Wenn wir dieses alles zulassen, daß über normale Industrieanlagen mit Vokabeln und unsachlichen Diskussionen Angst und Horrormeldungen verbreitet werden, die sachlich nicht begründet sind, dann ist das nicht nur das Ende von ökologischer Infrastruktur, sondern dann besteht die ernsthafte Gefahr hinsichtlich einer geordneten wirtschaftlichen Weiterentwicklung dieses Landes.

(Beifall bei SPD und CDU - Abg. Ruppert (F.D.P.) meldet sich erneut zu einer Zwischenfrage.)

- Bitte, Herr Ruppert, ich habe nur 15 Minuten, sonst gern; Sie wissen, ich bin ein streitsüchtiger Mensch und liebe geradezu Zwischenfragen, weil Sie mich anspornen, aber bitte jetzt einmal nicht!

Wenn ich dann eine Zeitungsmeldung sehe, von Ärzten veröffentlicht - übrigens ange-

reichert mit denen, die ich eben teilweise zitiert habe, die durch die Lande reisen -, daß im Zusammenhang mit Verbrennungsanlagen "ein Gift- und Gaskrieg gegen die eigene Bevölkerung" geführt wird, da offenbar solche Anlagen geeignet seien, die "Bevölkerung unauffällig aus dem Weg zu räumen" - wörtliches Zitat, meine Damen und Herren! -, dann ist das eine Sprache, gegen die sie sich dieses Parlament gemeinsam zur Wehr setzen muß,

(Beifall bei SPD und CDU)

weil es schlicht unanständig ist,

(Heidtmann (SPD): Sehr richtig!)

Behörden und wissenschaftlichen Sachverstand und Genehmigungsbehörden mit solchen diffamierenden Vokabeln zu überziehen,

(Zustimmung bei SPD und CDU)

und weil es moralisch nicht hinnehmbar ist, daß solche Anlagen und Genehmigungsverfahren in einen Gleichklang mit einem fürchterlichen Gift- und Nervengaskrieg zwischen Irak und Iran gebracht werden. Das ist nicht mehr erlaubt!

(Erneut Zustimmung bei SPD und CDU - Zuruf des Abg. Kruse (CDU))

- Nun hören Sie doch auf, lieber Herr Kruse, mit Ihren aufgeregten Zwischenrufen!

(Heidtmann (SPD): Kleinkariert!)

Wenn Sie an dieser Stelle nicht einmal das Gespür dafür haben, daß es mir, um mehr geht als nur um einen Schlagabtausch, sondern daß es mir an diesem Punkt um eine Grundsatzfrage für die sachliche Diskussion hinsichtlich der Weiterentwicklung unseres Landes geht, dann haben Sie mich bisher überhaupt nicht verstanden.

(Kruse (CDU): Aber Sie müssen Ihre Öffentlichkeitsarbeit noch ändern!)

- Von mir haben Sie so'n Mist noch nie gelesen. Es ist ja unglaublich, was Sie da betreiben.

(Schauerte (CDU): Aber was haben Sie denn bei den Hormonen gemacht? Sie haben doch die Panik in die Hormondiskussion gebracht!)

- Schauen Sie, da geht es schon wieder los. Der Zwischenrufer Herr Schauerte hat auch zur Kommunalwahl mit Händen und Füßen - -

(Schauerte (CDU): Mit Verstand sogar! - Lachen bei der SPD)

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) - Der kommt bei Ihnen sowieso manchmal zu kurz; den können Sie in diesem Zusammenhang gar nicht in Anspruch nehmen.

(Schauerte (CDU): Im Hormonskandal waren Sie doch der Panikminister!)

Sie, verehrter Herr Kollege, suchen den billigen parteitaktischen Vorteil vor Ort. - Ich sage Ihnen, wenn wir so weitermachen, alle miteinander, werden wir es gesamtgesellschaftlich gemeinsam büßen. Ich sage Ihnen das voraus.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stump hat den Hinweis gegeben: Machen wir es doch den Hessen nach! Ja, lieber Herr Stump, zufällig habe ich hier ein paar Überschriften. Schauen Sie doch einmal, wenn Sie die Freundlichkeit hätten: "Hessen erstickt im Müll!" oder eine andere Überschrift: "Kein Platz für Frankfurts Müll!" Wissen Sie auch, wo der hin sollte? - In die Deutsche Demokratische Republik, zu unseren Brüdern und Schwestern! Soweit sind wir nämlich, daß sich Bundesländer - teilweise zu über 50 % - im Ausland oder in der DDR entsorgen. Ich aber sage Ihnen mit aller Deutlichkeit: Diese Landesregierung wird diesem Abfallexport nicht das Wort reden, weil das unmoralisch ist,

(Beifall bei der SPD)

- (B) unseren Wohlstandsmüll unseren Brüdern und Schwestern in der DDR vor die Füße zu kippen, und weil ich keinen neuen Ökokolonialismus will, der da lautet: Wir holen die Rohstoffe aus den Entwicklungsländern, und als Dank dafür kippen wir Ihnen unseren Wohlstandsmüll in die Regenwälder. Mit mir ist das nicht zu haben!

(Schauerte (CDU): Mit uns auch nicht!)

- Wunderbar! Dann mache ich jetzt einen nächsten Lernschritt mit Ihnen gemeinsam; denn der Umweltminister des Bundes - und insofern haben wir jetzt eine Premiere - hat mir vor ungefähr drei Stunden - nein, vor vier Stunden; ich weiß es nicht genau, aber es kommt auch nicht auf eine Stunde an - per Telefax mitgeteilt, daß wir nach der großen Konferenz der Umweltminister des Bundes und der Länder mangels Entsorgungsmöglichkeit an Land - und daß ich für eine Anlage kämpfe und daß sie von anderen bekämpft wird, wissen Sie - leider, Gott sei es geklagt, noch zwei Jahre auf Hochseeverbrennung angewiesen sind, und zwar für einen Rest von chlorierten Wasserstoffen, die nicht aus den großen Chemiefirmen kommen, weil die in der Lage sind, das Zeug im Produktionsprozeß so sauber zu halten, daß es wiederverwertet

werden kann, sondern bundesweit aus Tausenden kleiner mittelständischer Unternehmen, überwiegend der metallverarbeitenden Industrie. Diese Gesellschaft, der wir das zugemutet haben und die natürlich Gegenstand kritischer Kommentierung war - daß die sich manchmal fühlen, als seien sie "Nordseeverbrecher", wenn sie jeden Tag so abgestempelt werden, kann ich nachempfinden -, hat jetzt durch die Gesellschafter beschließen lassen, daß sie ab sofort damit Schluß macht, und der Beschluß wird sicherlich von der Gesellschaft, weil die Empfehlung einstimmig ist, vollzogen werden. Richten Sie sich darauf ein, daß ab Montag nächster Woche die Hochseeverbrennung beendet wird!

(Beifall bei der SPD)

Da werden einige jubeln; jubeln werden sie - -

(Schauerte (CDU): Da sagen Sie die Wahrheit!)

- Ich doch auch. Wer will das denn nicht? Nur die Frage nach den Alternativen wird beantwortet werden müssen - -

(Schauerte (CDU): Eine Alternative!)

- Die haben wir nicht. Wir haben keine Alternative. Ich sage Ihnen das ganz deutlich: In Baden-Württemberg wäre eine Entsorgung des Mülls - gemeint ist der Müll, der auf hoher See entsorgt werden sollte - auch bei geringerem Gefährdungspotential gar nicht möglich; denn das reichste Bundesland verfügt zur Zeit über keine eigenen Möglichkeiten, zu verbrennen oder geordnet zu deponieren. "Der Giftmüllnotstand ist vorprogrammiert", so in "Der Spiegel". Ich habe heute morgen mit meinem Kollegen in Niedersachsen telefoniert, der in derselben Lage ist. Alle Bundesländer sind mehr oder weniger am Ende.

So, und damit das nun konkret wird, werde ich am Montag - ich habe das bereits veranlaßt - die entsprechenden Industrieverbände usw. einladen, um die neue Lage mit ihnen zu bereden: Ich stehe konkret vor der Frage, Hunderte von Betrieben mit ich weiß nicht, wievielen tausend Arbeitsplätzen dicht zu machen oder aber eine andere Entsorgungsmöglichkeit aufzutun, die ich jetzt überhaupt noch nicht sehe, und da gibt es mit mir nicht den illegalen Transport ins Ausland, sondern es gibt nur die geordnete Alternative im eigenen Land.

Wenn ich sie denn finde - was ich heute noch gar nicht weiß; aber wir haben ja Hochtempe-

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) raturverbrennungsanlagen, die man daraufhin überprüfen muß, ob sie geeignet sind, und dann muß etwas anderes auf Halde oder etwas anderes auf Lager gebracht werden, um diesem Notstand abzuwehren -, aber wenn es sie denn gibt, diese Alternative, dann schreibe ich alle jeweils betroffenen Abgeordneten aller Parteien, bezogen auf die Standorte, konkret an und teile ihnen das mit und bitte sie im Sinne der großen Gemeinsamkeit - Seite an Seite - um nachhaltige Unterstützung, wenn es darum geht, den da auch wieder stattfindenden Bürgerinitiativen mit Sachargumenten zu begegnen. Können wir uns darauf verständigen?

Dann gucken wir uns doch bitte ab nächster Woche das Theater an vielen Orten Nordrhein-Westfalens an. Ich sage es Ihnen jetzt schon voraus: So sind die Zusammenhänge! Ich kann nur immer wieder darauf hinweisen: Wenn wir nicht begreifen, daß einige auch aus politischen Gründen mitmischen, um der Industriegesellschaft insgesamt den Kollaps zu verpassen, dann haben wir das Ganze nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Kruse (CDU))

Etwas anderes sind die vielen Sorgen der Bürger, die wir ernst nehmen müssen, und dort, wo sie berechtigt sind, müssen wir uns auch sehr sachlich und in großer Ruhe auseinandersetzen.

- (B) (Erneuter Zuruf des Abg. Kruse (CDU))

- Herr Kruse, Sie aufgeregter Zwischenrufer, wenn Sie glauben, Sie könnten Ihrer Kommune

(Dr. Pohl (CDU): Es ist eher ein aufgeregter Redner!)

- Doch, er ist immer sehr aufgeregter; merkwürdig! In Norddeutschland sagt man: Er ist hibbelig. Wenn Sie glauben, Sie könnten sich Ihrer kommunalen Entsorgungspflichtung dadurch entziehen, daß Sie es auf die nächsthöhere Ebene schieben, dann irren Sie. Die Kommunen, die Kreise und kreisfreien Städte sind in Nordrhein-Westfalen entsorgungspflichtig - und niemand anderes! Zur Durchführung dieser Aufgabe können Sie sich, wenn Sie es wollen, Dritter bedienen.

Dafür müssen Sie jetzt Abfallwirtschaftskonzepte entwerfen. Die Regierungspräsidenten und ich werden die kritisch prüfen, und ich sage Ihnen:

Von jedem Kreis, der in den nächsten 10 Jahren nicht mindestens 15 % Vermeidung reali-

- siert - und 30 % Verwertung; denn das ist ja das, womit Sie alle Parteiversammlungen jeden Abend füllen, und dann gehen Begeisterungstürme durch die Hallen -, wird das Abfallwirtschaftskonzept nicht akzeptiert. (C)

Ich verlange Auskunft, was mit den verbleibenden 55 % wird, und zwar angesichts der Tatsache, daß wir allein in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen eine neue Großstadt durch Zuzug darzubekommen haben, angesichts der Tatsache, daß ein Drittel aller Wohnungsbesitzer Singles mit einem erheblich höheren Müllaufkommen sind, angesichts auch der Tatsache, daß unsere Lebensbequemlichkeiten heute zu einer hohen Inanspruchnahme von Tiefkühlkost mit allen Verpackungs- und Müllproblemen, die damit zusammenhängen, geführt haben. Glauben Sie ja nicht, daß irgendeine Kommune in Nordrhein-Westfalen von mir die Genehmigung bekommt, den Müll in die DDR oder ins Ausland zu bringen, sondern sie werden gezwungen, ihrer Entsorgungsverpflichtung nachzukommen, so wie es das Gesetz vorschreibt, und Auskunft über die verbleibenden 55 % zu geben.

Diese, verehrter Herr Kruse, kommen nicht auf Deponien, weil die neue Technische Anleitung Abfall des Bundes, die auch für die Kommunen im Hausmüllbereich verbindlich sein wird, vorschreiben wird, daß eine Vielzahl der Stoffe, die jetzt noch auf Deponien durften, künftig aus ökologischen Gründen und zum Schutz der Gesundheit der Menschen dort nicht mehr hingebracht werden dürfen. (D)

Und dann wird der Matthiesen diesen Kommunen, allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen, nicht die Entscheidung abnehmen, sondern sie endlich wieder dahin bringen, wohin sie gehört, in die Kreistage und in die Stadträte, um dem billigen Spiel Einhalt zu gebieten: Wir drücken uns um eine Entscheidung herum, rufen nach abstrakten Plänen, nach dem Regierungspräsidenten und, wenn alle Stränge reißen, nach dem Minister. So ist das nicht zu machen, und so ist das auch nicht zu haben.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Jacobs (CDU))

- Ich sage es Ihnen nur, damit Ihre Neigung - oder fast hätte ich gesagt: damit unser aller Neigung -

(Dr. Pohl (CDU): Jetzt wird es richtig!)

zum hemmungslosen Opportunismus endlich einmal in vernünftige Beschränkung gebracht wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

(Minister Matthiesen)

(A) - Nein, Herr Pohl, der war speziell auf Sie gemünzt.

(Zahlreiche lebhafte Zurufe von der CDU - Gegenrufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, wenn ich dieses Hin und Her so verstehen darf, daß es Ausdruck dafür ist, daß Sie meine Rede irgendwie beeindruckt hat, war das schon ein toller Lernerfolg heute.

(Stump (CDU): In einer gewissen Weise ja!)

- In einer gewissen Weise! Mehr kann man im Parlament auch nicht verlangen. Sie müssen ja vieles über sich ergehen lassen, ich ja auch.

Jetzt zum CO<sub>2</sub>-Problem. Wir sind da gar nicht auseinander, Herr Ruppert. Sie können ganz sicher sein, das Land Nordrhein-Westfalen gerade als Kohleland wird aus diesem Verständnis und auch aus dieser Verpflichtung heraus eine führende Rolle mit übernehmen. Ein paar politische Entscheidungen haben bewußt Signalcharakter; Sie haben das gewürdigt.

Aber lassen Sie mich bitte ein Problem ansprechen, das auch aktuell ist. Ich bitte das nicht so zu verstehen, als wollte ich von dem anderen Thema ablenken.

(B) Vizepräsident Dr. Klose: Nur, Herr Minister, muß ich Sie auf das Ende der Redezeit hinweisen.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident, schenken Sie mir noch zwei Minuten? Dafür wäre ich dankbar.

(Zustimmung des Vizepräsidenten Dr. Klose)

Ich bin ja sonst auch großzügig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, auf eine neue Studie aufmerksam machen, die führende Wissenschaftler unseres Landes und von außerhalb unseres Landes über die gesundheitlichen Belastungen durch unsere Pkw in meinem Auftrag erstellt haben. Ich möchte Ihnen nur ganz kurz sagen, daß wir besorgniserregende Benzolbelastungen im Blut vor allen Dingen von Kleinkindern in den Städten haben, die nicht mehr hinzunehmen sind, daß wir ein enormes zusätzliches Krebsrisiko durch Dieselpartikel und vor allen

Dingen durch polizyklische aromatische Kohlenwasserstoffe haben und daß wir beim Stickstoffoxid angesichts der ständigen Zunahme des Verkehrs heute in den Innenstädten bereits an einem Punkt sind, an dem die geforderten Grenzwerte jedenfalls in Teilbereichen bei weitem überschritten werden. Deshalb müssen wir uns, wenn wir es ernst meinen, in der Umweltpolitik dem Thema "Auto" sehr viel intensiver und ernsthafter annehmen, als wir es bisher getan haben. Dazu gehört die Aufforderung "Geregelter Dreiwegekatalysator für alle",

(Zustimmung des Abg. Heidtmann (SPD))

dazu gehört eine drastische Benzolreduzierung im Benzin, und dazu werden künftig verkehrslenkende Maßnahmen gehören. Wenn es mit der Zunahme des Verkehrs in den Innenstädten so weitergeht, ersticken nicht nur die Innenstädte, sondern die Menschen erleiden auch nachhaltige gesundheitliche Schäden.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb: CO<sub>2</sub> ja, aber bitte auch unter Einbeziehung des Autos; denn es hat sich mittlerweile bei allen industriellen Erfolgen in der Luftreinhaltepolitik unbestritten als Hauptverschmutzer in der Umwelt herausgestellt.

Wenn also diese Debatte dazu beigetragen hat, eine parteienübergreifende Vereinbarung hinsichtlich der Notwendigkeit, vor Ort zu Entscheidungen zu stehen und Debatten zu versachlichen, zu treffen, und wenn sie dazu geführt hat, daß wir gemeinsam sensibilisiert werden für das Problem "Auto", dann hatte sie ihren Sinn.

(Beifall bei der SPD - Jacobs (CDU): Sind Sie heute mit dem Fahrrad gekommen?)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Ruppert für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(Jaeger (CDU): Fragen Sie den Minister einmal, ob er heute mit dem Fahrrad zum Landtag gekommen ist! - Frey (SPD): Das ist doch Unsinn!)

Ruppert (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Matthiesen, Sie haben mich eben kritisiert, haben zwar gesagt, das sei nicht persönlich gemeint, haben mich aber persönlich wegen des Vorgangs in Brilon angesprochen, mit dem ich an sich nur insoweit etwas zu tun hatte, als ich mich über den Vorgang im Umweltausschuß



(Ruppert (F.D.P.))

- (A) einmal erkündigt habe. Nun muß ich Ihnen zugestehen, daß Sie mich kritisieren; denn ich kritisiere Sie ja auch gelegentlich. Aber wenn Sie mich kritisieren, dann bäte ich doch darum, daß Sie es nicht nur mit der halben, sondern mit der ganzen Wahrheit tun. Und die ganze Wahrheit unterscheidet sich von dem, was Sie dargelegt haben, in zwei Punkten.

Einmal sind in Brilon nicht nur die dort tätigen Freien Demokraten auf die Barrikaden gestiegen, sondern alle Fraktionen im Rat der Stadt - auch die SPD-Fraktion -

(Dr. Pohl (CDU): Aha!)

und das ist ja vielleicht doch ein Unterschied.

Und außerdem: Wenn Sie mich schon fragen, warum ich denn nicht in Brilon war, dann sollten Sie sich vielleicht doch auch daran erinnern, daß ich Sie im Ausschuß gefragt habe, warum Sie nicht nach Brilon gehen und das darstellen, wenn die Dinge so positiv liegen, wie Sie sie im Ausschuß ausgeführt haben. Darauf haben Sie gesagt: Da könnte ja jeder kommen. Schließlich seien Sie nicht die Genehmigungsbehörde. Ich denke, das, was für Sie gilt, darf wohl auch für mich gelten.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abg. Stump für die CDU-Fraktion das Wort.

Stump (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, wir wären enttäuscht gewesen, wenn Sie hier nicht eine engagierte Rede vorgetragen hätten, wie wir sie von jeder Plenardebatte kennen, wenn wir uns über Umweltschutz, insbesondere über den Bereich Abfall, unterhalten. Aber mit all diesen Reden verbessern Sie nichts.

(Zuruf von der SPD: Sie aber auch nicht! - Eichhorn (SPD): Machen Sie einen konkreten Vorschlag, Herr Stump! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Warten Sie doch einmal ab. Seien Sie doch ruhig. Sehen Sie, ich rede hier frei, ohne Konzept und sortiere meine Gedanken. Geben Sie mir doch die Chance, - -

(Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn der Umweltminister in verschiedenen Interviews erklärt, er sei für die Landesgesetzgebung und die Rahmendaten zuständig, haben wir doch Klarheit. Sie sind zuständig

für die Landesgesetzgebung. Die Landesgesetzgebung aber gibt Ihnen, so wie sie von dieser Landesregierung im Plenum eingebracht und hier beschlossen worden ist, keine Handhabe, schärfer durchzugreifen, um Standort-sicherung zu betreiben. (C)

Wir haben Ihnen dazu wiederholt Vorschläge unterbreitet. Wir haben auch darauf hingewiesen, man solle wenigstens den § 7 Abs. 3 des Abfallgesetzes anwenden, wenn es sich um Maßnahmen von überregionaler Bedeutung handelt. Wir sind uns doch mittlerweile darüber im klaren, daß die Abfallentsorgung nicht mehr nur eine Frage der Region ist, gleichgültig, ob es um den Mittelrhein, den Niederrhein, um Aachen oder Ostwestfalen geht, sondern daß sie ein nordrhein-westfälisches Problem darstellt. Es gilt, dieses Problem anzugehen. Ich will Ihnen das anhand von verschiedenen Beispielen deutlich machen.

In Bonn gibt es jetzt einen Entsorgungsnotstand. Wir kennen die Hintergründe. Die Müllverbrennungsanlage dort wird nicht zeitig fertig. Was passiert? - Die Müllverbrennungsanlage Herten soll 50 000 t aufnehmen, die Müllverbrennungsanlage Oberhausen 10 000 t, die Müllverbrennungsanlage Krefeld 10 000 t, die Deponie Haus Forst Erftkreis 15 000 t und die Deponie in Düren ebenfalls 15 000 t. Hier wird also Müll verteilt. Das gleiche Problem kennen wir aus dem Bereich Ostwestfalen/Bielefeld/Ruhrgebiet. Ich könnte Ihnen dafür eine Fülle von Beispielen nennen.

Damit sagen wir doch nur folgendes: Es ist ein Entsorgungsnotstand eingetreten. Herr Minister, als ich dies am 9. August in einer Landespressekonferenz gesagt habe, - eine der Überschriften lautete "CDU befürchtet Abfallnotstand in Nordrhein-Westfalen" -, antwortete der Umweltminister, diese Feststellung entspringe der umweltpolitischen Blutarmut des umweltpolitischen Sprechers der CDU-Fraktion. Gut, ich kann etwas vertragen. Drei Monate später - das ist die Sperrfrist für den Minister - heißt es: Matthiesen: Müllnotentsorgung - kommt es zum Infarkt in Nordrhein-Westfalen? - Inhaltlich ist das also die gleiche Aussage. Wir befinden uns damit auf der gleichen Plattform. Wir sollten uns hier auch gar nichts vorhalten, sondern vielmehr ernsthaft überlegen, wie man dieses Thema in den Griff bekommen kann. (D)

(Zuruf von der SPD)

Dann nützt es überhaupt nichts, wenn Sie hier zehn Minuten herunterspulen, mit welchem Elan Sie für die Abfallentsorgung eintreten. Dabei bleiben Sie nur bei der Zustandsbeschreibung und reklamieren, daß

(Stump (CDU))

- (A) andere mit handeln sollen, d. h. die kommunale Akzeptanz hinzukommen muß. Glauben Sie, daß das in einer Zeit möglich ist, wo wir ständig umweltpolitisch diskutieren und nicht zuletzt auch Sie ständig Umweltskandale aufdecken und Giftspuren entdecken? Dies ist in der Vergangenheit in verschiedenen Bereichen geschehen. Schonungslos tritt der Umweltminister auf und kommt in die "Tages-themen" und in die "Tagesschau", und bundesweit wird festgestellt, was für ein toller Mann das ist.

(Beifall bei der CDU)

Eben haben Sie wieder so einen Schritt getan. Wir teilen aufgrund unserer Erkenntnisse die Sorge wegen des Benzolgehalts, der aus den Auspuffen kommt und unsere Umwelt belastet. Wir überlegen auch, was wir tun können. Die Umweltpolitik bei der CDU beschäftigt sich also ebenfalls mit diesem Thema. Ich habe gesehen, daß eben, als Sie sich zu diesem Thema geäußert haben, die Kamera mitlief. Schon wird morgen wieder eine Botschaft durch die Lande gehen, und es wird eine neue Sorge, die sich bei dem einen oder anderen zur Hysterie entwickelt, geschaffen, ohne daß eine konkrete politische Handlungslösung auf den Tisch kommt und daß sich die Umweltminister mit dem Bundesumweltminister auf ein Konzept einigen und das Ergebnis ihrer Beratungen mitteilen und den Handlungsrahmen abstecken.

- (B) (Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, nur den Zustand zu beschreiben, schafft Umwelthysterie und hilft uns nicht weiter.

Insofern dürfen Sie nicht verkennen, daß an der kommunalen Basis mittlerweile keiner mehr an solche Dinge herangehen will, bei denen er den Bürgern gegenüber gradezustehen hat und er dann nicht mehr wechseln kann, weil eben auch von oben herunter diese Hysterie unterstützt wird.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr richtig!)

Das gilt ganz besonders - ich habe das eben nur kurz angedeutet -, wenn ein Regierungspräsident hingeht und sagt, die komplizierten chemischen Prozesse im Inneren einer Deponie ließen sich im Labor nicht simulieren. Kein Wunder, so eine Tageszeitung, daß Verantwortliche wie Antwerpes Abfallhalden als ökologische Zeitbomben einstufen und nach Alternativen bei der Müllentsorgung "suchen".

Auch hier haben wir wieder den Zustand, daß man jede Mülldeponie zu einer Zeitbombe

erklärt, so daß neue Entsorgungsstandorte auf diesem Hintergrund gar nicht akzeptiert werden können. Außerdem wird jede Umwelttechnik in Frage gestellt und angezweifelt. Von daher kann man keine Akzeptanz schaffen.

Wenn es so ist, daß unsere Abfalldeponietechnik nicht ausreicht, dann muß auf den Tisch kommen, wie sie denn verbessert werden kann.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das muß konkret kommen. Es muß dann konkret gesagt werden, daß wir mehr verbrennen müssen, daß wir die Abfallstoffe, die übrigbleiben, inertisieren oder mineralisieren müssen. Außerdem muß gesagt werden, daß wir das, was übrigbleibt, in Hochdeponien bringen, also in Hochbauwerke, die stets kontrolliert werden können. Es muß gesagt werden, daß man Abfallreste sammeln will, die wir heute noch nicht recyceln können. Die müssen wir dann irgendwann wieder zurückholen, wenn wir sie recyceln können. All dies wären ja Antworten, wenn es technisch geht.

Wenn bekannte und von der Funktion her herausragende Sozialdemokraten immer nur eine Zustandsbeschreibung vornehmen, so schaffen sie doch damit nicht das Klima, das Sie hier im Parlament gegenüber der kommunalen Basis einfordern. Ich bitte, auch hierzu umzudenken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Das Wort erteile ich Herrn Minister Matthiesen.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur eine kurze Entgegnung vortragen: Vielleicht können wir uns irgendwann einmal darauf verständigen, daß das kein NRW-spezifisches Problem ist. Ich brauche nur uns mit den Müllnotständen bundesweit zu vergleichen. Schauen Sie sich nur einmal die Situation im Großraum Frankfurt, in Hamburg, in Niedersachsen und in Rheinland-Pfalz an.

(Zuruf von der CDU: Wissen wir doch!  
- Dr. Pohl (CDU): Was wollen Sie tun?  
- Weiterer Zuruf von der CDU: Wir sind in Nordrhein-Westfalen! - Zuruf des Abg. Schauerte (CDU) - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ach, hören Sie doch auf, Herr Schauerte.

Wir wollen ja in Nordrhein-Westfalen bleiben, aber wir wollen in Nordrhein-Westfalen in der

(C)

(D)

(Minister Matthiesen)

- (A) Argumentation redlich bleiben. Dann müssen wir sagen, daß dies ein Problem von Schleswig-Holstein bis Bayern ist. Die Umsetzungsprobleme hinsichtlich der Bevölkerung und auch gegenüber Teilen der Kommunalpolitik würde ich nie leugnen. Aber auch diese Umsetzungsprobleme bestehen bundesweit. Ich will sie nur dafür sensibilisieren - wenn es mir gelingt -, was da auf uns zuwächst.

(Zuruf von der CDU: Sind wir doch!)

- Nein, das sind Sie nicht, denn dann würde sich insgesamt auch vor Ort etwas ändern.

(Zuruf von der CDU: Ändern Sie sich!)

Was auf uns zukommt, das läuft nach meiner Überzeugung, wenn es so weitergeht, unaufhaltsam auf eine zunehmende Entwicklungsblockade auch ökonomischer Art zu.

(Dr. Pohl (CDU): Da sind wir doch einig! Sie sind wieder bei der Zustandsbeschreibung!)

- Lieber Herr Pohl, Ihnen kann man es auch nie recht machen. Ich habe gedacht, ich würde die industriepolitische Entwicklungsseite betonen, weil ich Sie als Konservativen dort immer angesiedelt hatte. Nun sind Sie auch wieder nicht einverstanden.

(Dr. Pohl (CDU): Ich bin einverstanden. Wie geht es weiter?)

- (B) - Dann ist es in Ordnung. - Nun zur Hysterie!

(Paus (CDU): Ein Thema, was er beherrscht!)

Herr Stump, wenn Sie die Werte der Benzolbelastung bei unseren Kindern in den Großstädten kennen - ich hoffe, daß Sie sie kennen -,

(Zuruf von der CDU)

dann wissen Sie, daß sie noch mehr als besorgniserregend sind. Wenn es ein Thema gibt, welches mich - unter anderem - relativ schlecht schlafen läßt, dann ist es dies.

(Ruppert (F.D.P.): Die Antwort darauf!)

- Die Antwort darauf habe ich genannt. Es ist nicht nur der geregelte 3-Wege-Katalysator und - entsprechend unserem Antrag - die drastische Benzolreduzierung im Benzin, was technologisch heute möglich ist, aber nur mit Rücksicht auf Wettbewerbsnachteile gegenüber

anderen europäischen Mineralölkonzernen nicht gemacht wird. Es sind auch verkehrslenkende Maßnahmen. (C)

Ich erwähne es hier nochmal, weil man bei dem Thema "Benzol und Kinder" wirklich "hysterisch" werden kann, aber bei dem Komplex "Dioxin und Müllverbrennungsanlagen" von der Sache her nicht. Aber wir stehen vor folgender Tatsache, daß sich nämlich die Hysterie an Müllverbrennungsanlagen und Dioxin austobt, während sich die Besorgnisträger doch überhaupt nicht um die wirklichen Belastungen und Gefährdungen kümmern.

Es darf gefragt werden: Wie kommt das denn? Wie kommt es, daß in Nordrhein-Westfalen an 12 Standorten mit Hausmüllverbrennungsanlagen keine Bürgerinitiativen existieren und ebenso nicht an 15 Standorten, wo Sondermüllverbrennungsanlagen bereits in Betrieb sind, sondern nur dort, wo neue entstehen sollen? Das muß doch etwas mit - fast hätte ich gesagt - bewußt gewollter politischer Steuerung zu tun haben. Was mich umtreibt, ist, daß kleine Gruppen, die dies systematisch betreiben - ich sage es einmal ganz deutlich, und Sie wissen, was ich meine -, offenbar mittlerweile ein solches Scheuentor bei allen Parteien öffnen können, daß daraus sozusagen unter dem Mantel der Bürgerbesorgnis Dinge mit einem Wirbelwind entstehen, der selbst gestandene Landes- und Kommunalpolitiker mit dem Rücken an der Wand in die Knie gehen läßt. Dies ist eine Entwicklung, die ich mit großer Sorge sehe - einschließlich der Einbeziehung unserer Kirchen und allem, was damit zusammenhängt. (D)

Ich sage noch einmal - Sie merken, daß ich an diesem Punkt sehr engagiert bin -: Ich nehme jede Bürgersorge ernst, jede Angst, jede Befürchtung. Und gnade den demokratischen Parteien, wenn sie es nicht auch tun und sich für sachliche Diskussionen mit den Bürgern nicht zur Verfügung stellen. Ängste müssen, wenn sie real sind, ernst genommen werden. Diese Ängste von Bürgern sind jedoch zu unterscheiden von den Einwendungen derjenigen, die keine Angst haben, sondern mit der Angst dieser Bürger politisch Schindluder treiben wollen. Dem muß geschlossen begegnet werden.

Was mich besorgt macht - wenn ich noch zwei Dinge hinzufügen darf, Herr Dr. Pohl - das ist die Tatsache, daß heute den Genehmigungsbehörden zunehmend nicht mehr geglaubt wird. Ich will Ihnen das wie folgt erklären.

Vor ein paar Jahren war es üblich, daß eine Genehmigungsbehörde, sprich der Regierungs-

(Minister Matthiesen)

- (A) präsident, eine Stadt, in der ein Standort entstehen sollte, im Genehmigungsverfahren beteiligt und daß die Stadtverwaltung mit den unteren Behörden innerhalb einer bestimmten Frist eine fachliche Stellungnahme abgegeben hat. - Und der Innenminister kennt mein Problem an dieser Stelle; deshalb zeige ich es in seiner Anwesenheit noch einmal auf. -

Heute läuft das Ganze folgendermaßen. Die Fristen werden grundsätzlich nicht eingehalten, und zwar mit der Begründung, der zuständige Rat befasse sich mit der Angelegenheit. Aber nicht nur der Rat befaßt sich damit - was ich gar nicht kritisiere; das ist sein gutes Recht; damit hier kein Mißverständnis entsteht -, sondern es befassen sich damit auch alle Ausschüsse - und das ist auch deren gutes Recht. Aber dann geht es los. Es finden neben dem eigentlichen Genehmigungsverfahren öffentliche Hearings statt. Wissenschaftler werden hinzugeholt, die mit dem Genehmigungsverfahren nichts zu tun haben, aber besondere Anwälte der Glaubwürdigkeit sein sollen. Und dann werden Gutachten angefertigt. Wenn sie vorliegen, werden sie angezweifelt. Dann wird ein zweites Gutachten erstellt. Und endlich einigt man sich, weil man überhaupt nicht mehr weiterkommt, auf ein Obergutachten. Und schließlich ist das Verfahren mittlerweile zwei Jahre lang verzögert worden. Und Sie stellen sich hin und reden über die Verlängerung von Genehmigungsverfahren! Das sind die Sachen, die mir Sorge machen. Es geht nicht um die Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung - so ein Unsinn!

(Zuruf von der CDU: Aber die Gründe dafür müssen wir wissen!)

- Der Grund ist unter anderem, daß in unserem Land mittlerweile ein Klima herrscht - und wir haben durch mangelnde kämpferische Bereitschaft vor Ort überall gewollt oder ungewollt dazu beigetragen -, in dem gut sortierte kleine Gruppen zusammen mit einigen Wissenschaftlern und mit Hilfe der Medien ganze Parteienlandschaften durcheinanderwirbeln und mit den Ängsten von Menschen ein politisches Geschäft betreiben. Bei dieser Aussage bleibe ich.

(Zuruf von der CDU: Das machen Sie doch selbst auch! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Nein, das mache ich nicht. Als Beweis dafür - dies zum Schluß -, daß das bis in die Spitze Ihrer Partei hineingeht, möchte ich auf einen Zeitungsartikel verweisen. Ich sehe hier ein Bild, das Herrn Worms inmitten von Bürgern zeigt und die Unterschrift trägt:

"Mit Kommunalpolitikern und Vertretern der Bürgerinitiative gegen Giftmülldeponien in der Region Rheinbach erörterte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Worms, gemeinsam Abwehrpläne."

(Frey (SPD): Das ist die Heuchelei der CDU!)

Schon das Wort "Abwehrpläne" ist - ich könnte Ihnen Beispiele auch aus anderen Parteien nennen, damit Sie mich hier nicht wieder mißverstehen - unangebracht. Es handelt sich hier insgesamt um nichts Überflüssiges. Es handelt sich hier insgesamt nicht um "Vernichtungsmaschinen für die Menschen", wie einige hier polemisch behaupten, sondern es geht hier um eine ökologische Infrastruktur zum Schutz der Menschen und zum Schutz der Umwelt, die wir auch um unserer ökonomischen Weiterentwicklung brauchen. Ich bitte uns alle, daß wir uns dieses Zusammenhangs bewußt bleiben, weil wir sonst miteinander ins Schlittern und Trudeln geraten. Das sollten wir uns bitte schön in dieser Industriegesellschaft nicht leisten. Und ich füge hinzu: Das können wir uns auch nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Herr Abg. Dr. Pohl das Wort.

Dr. Pohl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, den Appell, den Sie heute hier an uns richten, nehme ich sehr ernst. Nur, Herr Minister, sage ich Ihnen mit allem Nachdruck: Ich hätte diesen Appell gerne vor 5 oder 10 Jahren auch von Ihnen oder Ihrer Fraktion bereits in diesem Landtag gehört.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Minister, daß heute das Problem der Entsorgung genauso wichtig ist wie das Problem der Versorgung, das haben wir hier schon sehr häufig diskutiert. Aber wer hat denn in den letzten 10, 15 Jahren dieses Klima geschürt, das Sie hier gerade beschrieben haben? Es waren im wesentlichen doch Sie und Ihre Parteifreunde!

(Beifall bei der CDU - Überhaupt nicht! von der SPD)

- Nein, nein! Ich erinnere mich noch gut, als Herr Minister Matthiesen vor den Güterwagen mit Molke stand und gesagt hat, davon ginge eine Riesengefahr aus.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch das letzte! Primitiver geht es nicht mehr!)

(C)

(D)

(Dr. Pohl (CDU))

- (A) Herr Minister, den Appell, den Sie gerade an uns gerichtet haben, nehme ich sehr ernst. Ich muß aber feststellen, daß Sie ihn erst heute an uns gerichtet haben und daß Sie in der Vergangenheit selbst an der Spitze einer solchen "Klimavergiftung" im Lande Nordrhein-Westfalen waren.

Der Kollege Stump hat noch etwas anderes angemahnt. Auch dazu haben Sie wieder nichts ausgeführt. Er hat gefragt, wie denn nun die Müllentsorgung im konkreten vor sich gehen soll. Sie haben darauf allgemein an uns appelliert, aber keine Wege aufgezeigt.

(Minister Matthiesen: Wege gibt es da nicht!)

- Ja, Herr Minister, wenn Sie sagen, daß es keine gibt, dann stellen Sie sich hier und sagen Sie das!

(Minister Matthiesen: Sie müssen die Anlagen vor Ort durchsetzen!)

Sie haben im Zusammenhang mit dem Erftkreis meinen Fraktionsvorsitzenden zitiert. Ich sage: Es war gerade der Kollege Worms, der im Erftkreis schon vor der letzten Landtagswahl gegen den Rat einer Vielzahl eigener Parteifreunde immer für die Sondermülldeponie eingetreten ist und der deren Schelte - es sollte nach dem Sankt-Florians-Prinzip vorgegangen werden - nicht gescheut und sich aktiv für eine Sondermüllentsorgung eingesetzt hat.

(B)

Herr Minister, ich sage Ihnen deshalb mit allem Ernst: Wir nehmen Ihren Aufruf ernst. Wir wissen um die Wichtigkeit der Entsorgung und daß diese parallel zur Versorgung laufen muß, damit Ökologie und Ökonomie miteinander vereinbar sind und die Ökonomie weitergeht. Nur, Herr Minister, um es Ihnen noch einmal zu sagen: Dann müssen Sie auch Ihren Irrtum und den Ihrer Parteifreunde für die Vergangenheit eingestehen, denn nur so wird eine wahre Argumentation für die Zukunft möglich. Nur wenn wir uns vor Ort, aber auch in diesem Landtag gemeinsam bemühen - zu den Abfallentsorgungsplänen im Land hat der Kollege Stump Ausführungen gemacht -, wird eine vernünftige Sache daraus. Mit Zustandsbeschreibung, Schuldzuweisung an uns und Freispruch für sich selbst, Herr Minister, kommen Sie aber nicht von der Stelle.

(Beifall bei der CDU und Zurufe: Sehr gut! So nicht!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Unter dem Stichwort Landwirtschaft beginnt jetzt eine neue Runde. Das Wort hat Herr Abg. Neuhaus von der Fraktion der CDU.

(C) Neuhaus\* (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Einführungsrede zu dem Bereich Landwirtschaft hat der Minister noch einmal ganz deutlich erklärt, daß die ökologische und ökonomische Erneuerung im Entwurf des Haushaltsplans für den Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft seinen entsprechenden Stellenwert gefunden hat. Dies war ja schon Gegenstand der Debatte vorhin.

Meine Damen und Herren! Ich habe mir auch dieses Mal die Mühe gemacht zu suchen, ob das auch in Zahlen entsprechend ausgedrückt worden ist.

Ökologische und ökonomische Erneuerung in diesem Lande ist, wie auch die Debatte eben gezeigt hat, ein lobenswertes Ziel; wir sind alle dafür. Herr Minister, trotz Ihres forschenden Auftretens eben muß man aber doch fragen, ob das Land in diesem Haushaltsplan die entsprechenden Mittel bereitstellt. Der Etatansatz des Einzelplans 10 ist auf 2,14 Milliarden DM gegenüber 1,97 Milliarden DM im Vorjahr angestiegen. Dies ist eine effektive Steigerung von 168 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, hören Sie gut zu! Allein die Erhöhung der Strukturhilfemittel des Bundes beträgt 112 Millionen DM.

(Eichhorn (SPD): Sei doch froh!)

(D) Herr Minister, angesichts von insgesamt 314 Millionen DM an Strukturhilfemitteln im Einzelplan 10 muß man fragen, wo da der finanzielle Beitrag des Landes zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung ist.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu der gerade geführten Diskussion sagen! Die CDU-Fraktion wollte die gesamten Strukturhilfemittel des Bundes in Höhe von 756 Millionen DM in diesen Etat einstellen. Ich meine, dem hätten Sie folgen sollen.

Ich darf nun den Minister zitieren:

Im Bereich der Landwirtschaft setzt sich im Haushaltsentwurf 1990 der Trend eines steigenden Anteils der EG- und Bundesmaßnahmen an landwirtschaftsbezogenen Ausgaben fort. Während im Jahr 1985 noch etwa ein Drittel auf reine Landesmaßnahmen entfiel, wird dieser Anteil 1990 auf knapp ein Sechstel absinken.

Meine Damen und Herren! Hier weist der Minister - wenn auch ungewöhnlich zaghaft - auf die hohen Finanzzuweisungen vor allem des Bundes hin. Herr Minister, Sie haben sich in den letzten Jahren, Monaten und

(Neuhaus (CDU))

- (A) Wochen immer wieder dazu hinreißen lassen, die Bundesregierung zu attackieren und zu kritisieren. Wir kennen Sie viel zu gut, als daß wir nicht wüßten, daß Ihnen das sehr schwergefallen ist. In Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege - sind aber allein für 1990 385 Millionen DM Zuweisungen des Bundes veranschlagt. Das sind 57 Millionen DM mehr als 1989.

Meine Damen und Herren! Wenn man das Mehr an Mitteln aus dem Bundesstrukturhilfegesetz in Höhe von 112 Millionen DM und diese 57 Millionen DM addiert, dann stellt der Bund allein in diesem Jahr für den Einzelplan 10 des Landeshaushalts zusätzlich mehr Mittel bereit, als die Erhöhung ausmacht.

Noch einmal ganz einfach ausgedrückt, heißt dies auch: Wenn keine zusätzlichen Bundesmittel in den Einzelplan 10 geflossen wären, läge der Ansatz unter dem des Jahres 1989. Wie Sie da noch von einer ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Landes sprechen können, ist mir unverständlich. Und wenn Sie, Herr Kollege Strehl, eben meinten, Nordrhein-Westfalen wäre der Motor der Umweltpolitik, dann sage ich Ihnen: Motor der Umweltpolitik ist die Bundesregierung, ist der Bundesumweltminister!

Aber es kommt ja noch schlimmer. Wir können tagtäglich lesen, Herr Minister, daß Sie laufend Bundeshilfen als Landesleistungen verkaufen. Hören Sie doch endlich mit diesem Etikettenschwindel auf!

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Leute draußen glauben es Ihnen doch bald auch nicht mehr.

Sie haben auch in dieser Rede zum Haushaltsplan Zahlenvergleiche mit anderen Bundesländern angestellt, die schwer nachprüfbar sind, wie es so oft mit Vergleichen ist, weil vieles auch nicht verglichen werden kann. Sie haben herausgestellt, daß das Land Nordrhein-Westfalen für das Feuchtwiesenprogramm in den Jahren 1985 bis 1989 durch Bereitstellung von 150 Millionen DM mehr Finanzmittel für Ankaufverträge und Entschädigungsleistungen zur Verfügung gestellt hat als das Land Baden-Württemberg für den Naturschutz in den Jahren 1983 bis 1986.

Meine Damen und Herren, bei näherer Überprüfung muß ich feststellen: Diese Äußerungen sind unwahr!

(Hört, hört! bei der CDU)

(C) Tatsache ist, daß das Land Baden-Württemberg von 1983 bis 1986 rund 109 Millionen DM für Naturschutz und Landschaftspflege und 1985 bis 1988 155 Millionen DM bereitgestellt hat. Hinzu kommt für 1988 das Ökologieprogramm des Landes Baden-Württemberg, das allein ein Volumen von 140 Millionen DM hat. Meine Damen und Herren! Man braucht kein Rechenkünstler zu sein, um festzustellen, daß das Land Baden-Württemberg, das Sie als Vergleich herangezogen haben, für den Natur- und Landschaftsschutz einiges mehr an Mitteln bereitgestellt hat als das Land Nordrhein-Westfalen.

Aber wenn Sie, Herr Minister, schon Vergleiche mit Baden-Württemberg ziehen wollen, dann sollten Sie doch einmal anerkennen, daß dort die Landwirte längst Ausgleichszahlungen im Rahmen des Wasserschutzes erhalten. Sie sollten deshalb vielmehr alles daransetzen, daß auch unsere Landwirte in Nordrhein-Westfalen endlich die Ausgleichsleistungen bekommen.

Ich empfehle Ihnen auch ein Zweites: daß Sie einmal das Programm des Landes Baden-Württemberg für die Entwicklung des ländlichen Raumes studieren. Dort geschieht ebenfalls ein Vielfaches mehr als unter der SPD-Regierung hier in Düsseldorf.

(D) Meine Damen und Herren! Wir haben zwei Anträge im Fachausschuß gestellt, die wir hier nicht wiederholt haben. Wir wollten den Reitsport fördern und wollten mehr Mittel für den naturnahen Gewässerausbau unseres Landes. Diese beiden Anträge sind im Fachausschuß durch die SPD-Mehrheit abgelehnt worden.

Die CDU-Fraktion lehnt den Einzelplan 10 ab, weil er keine Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum, für den Natur- und Wasserschutz aufzeigt und auch keine Akzente für eine aktive Landesagrarpolitik setzt. Dazu empfehle ich Ihnen, Herr Minister: Schauen Sie auch einmal nach Hessen, was dort in dieser Richtung getan wird.

Die Schlußbemerkung - ich muß es wiederholen -: Würde sich der Bund in diesen von mir vorher aufgezeigten Bereichen so verhalten wie das Land Nordrhein-Westfalen, dann liefe in diesem Lande nichts mehr.

Deshalb auch am Ende dieser Debatte unsere Feststellung: Wir müssen in diesem Lande auf der politischen Ebene bald eine große Durchforstung haben - mit dem Ergebnis, daß wir andere Mehrheiten und eine neue Landesregierung bekommen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(A) Präsident \*Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter, auch für die Kürze der in Anspruch genommenen Redezeit. Vielleicht ist das ein Beispiel für die anderen. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Herr Abg. Sieg das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege!

Sieg \*) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Neuhaus,

(Neuhaus (CDU): Ja!)

Ihre Ausführungen zu den Bundesmitteln, die Sie hier gerade gemacht haben, müssen wir doch wohl so sehen, daß es ja keine Almosen sind, die uns von Bonn aus großer Gnade zugewiesen werden. Das sind vielmehr Mittel, die dieses Land Nordrhein-Westfalen braucht. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß wir eine bessere Ausstattung von Bonn erwarten. Und es ist schließlich und endlich Ihr Kollege, Herr Ministerpräsident Albrecht, gewesen, der zusammen mit SPD-regierten Ländern die Sache losgetreten hat. So ist es also zum guten Schluß, weil man sich im sozialen Bereich nicht einigen konnte, dazu gekommen, daß diese Strukturmittel in Bonn bereitgestellt worden sind.

Ich kann also kaum verstehen, daß Sie hier jetzt aufzählen, welche Gnaden uns aus Bonn zuteil geworden sind. Diese Mittel braucht Nordrhein-Westfalen, und der Bund hat nichts anderes als seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit getan!

(B)

(Schauerte (CDU): Wollt ihr das Geld nicht haben?)

- Das habe ich ja überhaupt nicht gesagt. Dann müssen Sie genau zuhören, was ich Ihnen hier vortrage.

Der Herr Präsident hat darum gebeten, hier nicht allzulange zu reden. In der Tat sind wir ja auch mit der Zeit schon ziemlich weit fortgeschritten; aber einiges muß ich hier doch richtigstellen.

Herr Kollege Neuhaus, Sie haben darauf hingewiesen, daß nach Ihrem Dafürhalten die in diesem Etat im Bereich Naturschutz und Landwirtschaft ausgewiesenen Mittel nicht ausreichen, die hier anstehenden Probleme zu bewältigen. Ich kann diese Ihre Meinung nicht teilen und muß sie anhand von Tatsachen zurückweisen.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit einer leistungsfähigen und zukunftsorientierten Industrie. Nordrhein-Westfalen ist aber auch das Land, in dem

Naturschutz sehr ernst genommen wird. Wir in Nordrhein-Westfalen haben erkannt: Die intakte Natur ist ein unverzichtbarer Bestandteil für menschliche Lebensqualität. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was wir der Natur schuldig sind. Nordrhein-Westfalen gibt für den Naturschutz mehr als alle anderen Bundesländer aus. (C)

(Zuruf des Abg. Neuhaus (CDU))

- Das haben Sie nun soeben hier bestritten. Ich bleibe trotzdem bei dieser meiner Aussage. Auf jeden Fall ist das in der Vergangenheit so gewesen. Wenn sich das nun umgedreht haben sollte, dann müßten wir das noch einmal nachprüfen. Vorerst bleibt es bei dieser Aussage.

Für 1990 haben wir in Nordrhein-Westfalen diesen Haushaltsansatz noch einmal erhöht. Die 80 Millionen DM, die bislang, in den vergangenen Jahren, jeweils vorgesehen waren, sind nun auf 84,3 Millionen DM aufgestockt worden.

Die Bemühungen des Landes haben sich auch - da muß ich Ihnen, Herr Neuhaus, ebenfalls widersprechen - ausgezahlt. Im Jahre 1970 war eine Fläche von gut 14 000 ha als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Ende 1987 waren es gut 40 000 ha und Ende 1989 bereits 58 000 ha, die unter Naturschutz gestellt waren. Das sind 1,7 % der Landesfläche.

Mit dem LEP III, der hier in der vorausgegangenen Debatte auch bereits eine Rolle spielte, haben wir in Nordrhein-Westfalen den Flächenverbrauch eingeschränkt. Wir haben praktisch einen Riegel vorgeschoben. Der Freiraum darf jetzt für die Planung von Wohnsiedlungen, von Gewerbe- und Industriegebieten nur dann noch in Anspruch genommen werden, wenn dafür ein nachprüfbares Erfordernis besteht. - Sicherlich ein großer Vorteil! (D)

Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, hat sich als erstes Bundesland das Ziel gesetzt, flächendeckende Landschaftspläne zu erarbeiten. Die Umsetzung der Landschaftspläne wird bis zu 80 %, unter bestimmten Bedingungen sogar bis zu 90 %, mit Landesmitteln gefördert. Die Landesmittel fließen also auch in diesem Beritt nach meinem Dafürhalten in ausreichender Menge.

Das Land hat bis Mitte 1989 10 Millionen DM Landesmittel in die Planung und 38 Millionen DM in die Umsetzung von Landschaftsplänen investiert.

Mit dem Feuchtwiesen-Schutzprogramm haben wir einen Biotopverbund vom Niederrhein

(Sieg (SPD))

- (A) durch das westliche Westfalen über den ostwestfälischen Raum bis in die Weserniederungen geschaffen.

(Zurufe von der CDU)

Das Programm umfaßt 104 Plangebiete mit insgesamt 18 250 ha. Die Durchschnittsgröße der einzelnen Gebiete beträgt rund 100 ha. Für den Ankauf von Flächen hat das Land 115 Millionen DM ausgegeben. Mit Zahlungen von 16,7 Millionen DM wurden Mindererträge der Landwirtschaft wegen auferlegter Nutzungseinschränkungen ausgeglichen.

Mit dem Mittelgebirgsprogramm werden für etwa 10 000 ha schutzwürdiger Flächen Pflegeverträge angeboten. Das Land fördert den Erhalt der Biotop durch Extensivierungsverträge mit Zahlungen von 300 bis 450 DM je Hektar und Jahr.

Durch Verträge mit 1 200 Landwirten ist eine Fläche von 2 460 ha geschützt. Von 1987 bis 1989 hat das Land für diesen Zweck 1,8 Millionen DM aufgewendet.

- (B) Mit dem Ackerrandstreifen-Programm, meine Damen und Herren, wird den Landwirten ein Ausgleich für den freiwilligen Verzicht auf den Einsatz von Pflanzenbehandlungs- und Düngemitteln in einem 5 bis 10 m breiten Randstreifen gezahlt. Dieses Programm wird von den Landwirten zunehmend angenommen. Inzwischen werden auf 606 km Ackerrandlänge oder Flächen von 3,3 qkm Düngemittel oder Pflanzenbehandlungsmittel nicht mehr aufgebracht. Das Land bezahlt den Landwirten für den Ertragsausfall einen Ausgleich von bis zu 1 200 DM je Hektar und Jahr. Ich glaube, auch das ist eine stolze Leistung.

Mit dem Programm zur Wiedereinführung und Erhaltung historischer Landnutzungsformen will das Land die Lebensbedingungen für schutzwürdige Pflanzengesellschaften sichern oder neue Lebensbedingungen schaffen. Landwirte, die sich an diesem Programm beteiligen, erhalten ein Bewirtschaftungsentgelt.

Um den Schutz der Natur im Ruhrgebiet voranzubringen, haben wir das Naturschutzprogramm Ruhrgebiet aufgelegt. Das Ruhrgebiet besteht nicht allein aus Wohn- und Industrieflächen; zum Revier gehören auch 235 ha Moore, 1 350 ha Feuchtwälder, 76 000 ha Waldgebiete sowie 360 ha naturnahe Gewässer.

(Zuruf von der CDU: Er weiß das alles.)

In den Jahren 1987 bis 1989 hat das Land insgesamt 78 Projekte mit dem Einsatz von

24 Millionen DM gefördert. Dadurch sind mehr als 500 ha zu ökologisch wertvollen Flächen umgestellt worden. Auch hier hat das Land Förderungspräferenzen von 80 bzw. 90 % gezahlt.

(C)

Damit Probleme, die sich aus dem gemeinsamen Beschluß des Landtags zur ökologischen Forstverwaltung ergeben haben, auch bewältigt werden konnten, sind 15 neue Stellen eingerichtet worden. Auch bei den privaten Forstbesitzern in Nordrhein-Westfalen - der Privatwald überwiegt hier ja - wird diese neu beschlossene Sache gut angenommen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich vor diesem Hohen Hause feststellen, daß Nordrhein-Westfalen als Industrieland und als Land mit vielen Ballungszonen auf intakte ländliche Räume angewiesen ist und daß sich die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung dieser Verpflichtung stets bewußt gewesen sind und sie auch in die Tat umgesetzt haben.

(Widerspruch bei der CDU)

Einen hohen Stellenwert hat dabei die Dorferneuerung. Sie will helfen, bei Abnahme der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft ortsbildprägende landwirtschaftliche Bausubstanz und dorftypische Tier- und Pflanzenarten, also die Eigenart der rund 4 000 Dörfer zu erhalten. Wir haben den entsprechenden Etatansatz - und ich betone hier, es sind sowohl Bundes- wie auch Landesmittel, da diese Maßnahme in der Gemeinschaftsaufgabe ist - in diesem Haushalt von 20 auf 26 Millionen DM anheben können, womit 1 500 neue Maßnahmen im kommenden Jahr gefördert werden können.

(D)

Als Ergebnis der Kleingewässeraktion des Landes wurden seit 1980 in Nordrhein-Westfalen weit über 2 000 Kleingewässer angelegt, gereinigt, vertieft, entkrautet. Seit 1985 wurden 550 neue Tümpel und Weiher angelegt, die alle dazu da sind, dem Artenschutz zu dienen. Auch hier gibt es Förderungsbeträge von bis zu 80 %.

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen sollen Bäche und Flüsse wieder zu den Lebensadern der Landschaft werden. Sie sind das Netzwerk für ein Biotop-Verbundsystem und gehören zu einem wertvollen Bestand der Natur. Seit Beginn des Landesprogramms zur Renaturierung von Fließgewässern im Jahre 1986 haben wir insgesamt 94,5 Millionen DM an Landesfördermitteln bereitgestellt. Damit wurden bis heute 225 Projekte zur Renaturierung von Fließgewässern realisiert oder in Angriff genommen.



(Sieg (SPD))

- (A) In den 67<sup>\*</sup> Naturwaldzellen des Landes bleiben Tiere und Pflanzen vollkommen sich selbst überlassen. Damit sind auf einer Waldfläche von mehr als 1000 Hektar keinerlei Bewirtschaftungsmaßnahmen erlaubt. In diesen Gebieten entwickeln sich wertvolle ökologische Nischen, in denen unser forstgenetisches Erbgut erhalten werden kann.

Wir Sozialdemokraten wissen, was wir der Natur schuldig sind. Die Investitionen für die Natur sind zugleich Investitionen für die Menschen unseres Landes. Unsere Naturschutzpolitik hat bereits dazu geführt, daß in vielen Bereichen das Zurückgehen von Artenbeständen gestoppt werden konnte. Erste Erfolge sind sichtbar.

Wir werden unsere Politik in Sachen Naturschutz entschlossen fortsetzen. Bis Anfang der 90er Jahre werden 3 % der Landesfläche unter Naturschutz stehen. Der Haushalt des MURL, so wie er hier zu erörtern ist, spiegelt diese unsere Politik wider und garantiert ihre Fortentwicklung zum Wohle des Landes und seiner Menschen. Die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt deshalb zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Schauerte (CDU))

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Auch Sie haben Disziplin gehalten. Ich lobe alle, die mit weniger Zeit auskommen.

- (B) Herr Abg. Meyer von der Fraktion der F.D.P. hat nunmehr das Wort.

Meyer<sup>\*</sup>) (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich den Minister einmal fragen – er hat eben so schön gesagt, er nähme Bürger ernst –: Sind Abgeordnete, die viereinhalb Jahre in der Opposition gewesen sind, bei Ihnen keine Bürger? Ich habe nämlich selten festgestellt, daß Sie uns ernst genommen haben.

(Zuruf des Abg. Rohe (SPD)  
- Dr. Dammeyer (SPD): Das lag aber an Ihren Argumenten, Herr Kollege!)

Herr Minister Matthiesen: großer Etat, aber wenig Landwirtschaft. Das habe ich auch eben bei Herrn Sieg feststellen müssen. Ich habe über "Agrar" nicht sehr viel gehört. Genau so, wie in Ihrem Titel die Landwirtschaft hintenansteht, so sehe ich den Haushalt auch. Umwelt ist die Nummer 1 bei Ihnen, und dies riecht mir schon sehr stark nach Landtagswahlkampf, weil Sie hier ja anscheinend noch welche links überholen müssen.

Haben wir, die F.D.P. auch immer wieder Forderungen für Verbesserungen im ländlichen Raum gestellt, so vermisse ich diese wiederum in diesem Haushalt. Der ländliche Raum soll für uns nicht nur Grünkolonie für Städter sein. Um es vorweg zu schicken: Grundsätzlich darf der ländliche Raum nach unserer Auffassung nicht nur Reserverraum für die Ansprüche der Großstädte sein. Kein Reserverraum für Wasserschutzgebiete und Mülldeponien, für Landschaftsschutz und Naturschutz, für Berghalden und alles das, was die Städte nicht haben wollen!

(Schauerte (CDU): So scheint es zu sein!)

Dies fordern wir nun schon zum xten Mal, aber verbessert bzw. geändert hat sich hier nichts. Aus wahrscheinlich parteipolitischen Gründen wurden Ihrerseits die Ballungsgebiete und Städte überproportional gefördert.

(Wendzinski (SPD): Eine ständige Unterstellung wird nicht wahr dadurch, daß sie immer wieder behauptet wird!)

- Herr Wendzinski, das ist ja nachweisbar. Denn dort ist schließlich Ihr Hauptwählerpotential.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

Was tut die Landesregierung bzw. was denkt sie für die Bewohner und Bewirtschafteter im ländlichen Raum zu tun? Hier sollte man auch außer Verordnungen und Erlassen versuchen, etwas zu unternehmen, um den arg gebeutelten Landwirten Erleichterung bei der Erwirtschaftung ihres Einkommens zu verschaffen, und ihnen nicht immer nur neue Auflagen machen.

Auch nur bescheidene Ansätze, Herr Minister Matthiesen, wie z. B. die Schaffung eines Gütesiegels für Fleischwaren in Nordrhein-Westfalen, wie von unserer Seite in diesem Jahr beantragt, werden von Ihnen und der Mehrheit der SPD in diesem Hause abgelehnt,

(Schauerte (CDU): Leider, leider!)

um dann aber im Ministerium Selbstgespräche mit entsprechenden Verbänden mit dem Ziel zu führen, die Schaffung eines Gütesiegels für Fleisch in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Hört, Hört!

Präsident Denzer: Herr Abgeordneter!

Meyer<sup>\*</sup>) (Westerkappeln) (F.D.P.): Das bezeichne ich als unehrliche Politik; auch wenn es uns freut, daß Sie anscheinend hier einsichtiger geworden sind, Herr Minister.

(C)

(D)

(A) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Steinkühler von der Fraktion der SPD zu?

Meyer\* (Westerkappeln) (F.D.P.): Im Moment nicht! Ich weiß, daß der Minister in Eile ist. Er hat mich gebeten, es ziemlich kurz zu machen. Tut mir leid, Herr Kollege Steinkühler!

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsident Denzer: Auch solche Möglichkeiten soll es in diesem Hause geben.

(Heiterkeit)

Meyer\* (Westerkappeln) (F.D.P.): Im Moment nicht! - In diesem Zusammenhang komme ich zu Ihrer größten Tat: unschuldige Landwirte nicht nur in Nordrhein-Westfalen, Herr Minister, sondern bundesweit durch einen weiteren, von Ihnen angeblich aufgedeckten Masthilfeskandal wieder einmal zu diffamieren. Es ist eine unmögliche Art, wie dieses wieder geschehen ist, als wegen ein paar schwarzer Schafe wieder einmal eine ganze Branche verunglimpft worden und teils sogar in arge Existenznöte geraten ist. Dies hätte man sicherlich lautloser abstellen können.

Ich will hier nicht mehr näher auf die schwarzen Schafe eingehen, die gegen die Gewerbeordnung verstoßen haben.

(B) Wenn Ihr Kollege, der Innenminister, bei jedem Ergreifen von Alkoholsündern auch so einen riesen Aufstand machen würde und gleich alle Kraftfahrer verteufeln würde, würden wir alle Tage nichts anderes mehr hören.

(Meyer zur Heide (SPD): Das ist vielleicht ein Vergleich!)

Wenn man sich dann den Landwirtschaftssektor weiter ansieht, ist es äußerst schwierig, weitere positive Elemente Ihrer Landwirtschaftspolitik zu erkennen. Das mag sicherlich daran liegen, daß Sie sich in einer Konfliktsituation zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft befinden.

Zu entschuldigen ist dieses jedoch nicht. Wie Sie sagen, haben Sie, Herr Minister Matthiesen, Naturschützer und Förster an einen Tisch bekommen. Das begrüßen wir außerordentlich. Das ist auch richtig. Hier hat es tatsächlich eine Vereinbarung zwischen beiden gegeben, gemeinsam einen Beitrag zum Naturschutz zu liefern.

Hier möchte ich auch ausdrücklich erwähnen, daß er es ebenfalls fertiggebracht hat,

Naturschützer und Jäger an einen Tisch zu bringen. Dies ist ebenfalls zu begrüßen. (C)

Wie sinnvoll kann es auch sein, mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Dies beweisen die Beratungen zum Landesforstgesetz. Diese gute Zusammenarbeit sollte weiterhin nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch im Plenum für eine gute Politik in Nordrhein-Westfalen sorgen.

Warum - z.B. - kommt die Stilllegung von Agrarflächen in Nordrhein-Westfalen nicht so zum Tragen, wie sich der Bund das gewünscht hätte? Trotz allem hat es sich aber gezeigt, daß in Westfalen ca. 1 500 Landwirte dieses Programm angenommen haben. Da Sie ja immer gerne mit Zahlen spielen, möchte ich hier noch erwähnen, daß dies insgesamt ca. 18 636 Hektar sind.

Das ist ein guter Anfang. Viele Landwirtschaftsbetriebe zögern jedoch, da sie Angst haben, daß die stillgelegten Ackerflächen auf Dauer plötzlich durch einen neuen Erlaß von Ihnen, Herr Matthiesen, auf unbegrenzte Zeit als Produktionsflächen entzogen werden könnten.

Was die nordrhein-westfälische Landwirtschaftspolitik gesagt hat, zeigte sich auch in Ihrer Antwort auf meine Kleine Anfrage zur Attraktivität des Erwerbszweiges Landwirtschaft in unserem Lande. Es ist schon verwunderlich, wenn man klar gefragt wird - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten -:

(D) Welche konkreten Förderungskonzepte oder Ausgleichzahlungen hat die Landesregierung für die Landwirtschaft in den letzten beiden Legislaturperioden vorgenommen, und welche Resultate kann Sie hieraus vorweisen?

und hierauf als Antwort schreibt, in der Großen Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema Landwirtschaft wäre hierzu eine Antwort gegeben.

Bereits am 11. November letzten Jahres hatte ich aufgezeigt, daß Ihre Antwort auf die Große Anfrage zutiefst unbefriedigend ist.

Den Landwirten ist nicht mit Ihren Kleingewässerprogrammen, Feuchtwiesenprogrammen, Ackerwildkräuterprogrammen usw. gedient. Dieses sind zwar wichtige Aspekte, die nicht vernachlässigt werden dürfen; doch dienen sie in keinsten Weise der fortschreitenden Stilllegung von ländlichen Flächen.

Auch wenn Sie ab und zu mit dem Bauernpräsidenten Streicheleinheiten austauschen, zahlt

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) sich diese für die kleinen und mittleren Landwirte nicht aus.

Auch Ihre kommunalpolitischen Parteifreunde im Lande wären Ihnen sicher dankbar, wenn sie aus Ihrem Hause mehr Unterstützung bzw. klärende Worte - z.B. bei Entsorgungsstandorten, Abwasserabgaben oder ganz besonders Klärschlammabseparationsproblemen - bekämen.

Hierbei denke ich auch besonders an die derzeit von den Kreisen zu erstellenden Landschaftspläne. Dabei kommt mir eine Tonart bekannt vor, wie sie bei den Ersteinrichtungen von Feuchtwiesen durch den ländlichen Raum hallte. Wie Sie auch hier erkannt hatten, daß man nur im Miteinander gute Ergebnisse erzielen kann, würde ich Ihnen empfehlen, diese Erfahrung auch an Ihre untergebenen Stellen und Behörden weiterzuleiten.

Da scheint mir einiges im argen. Die Gemeindeparlamente vor Ort sollen ihr Einverständnis zu diesen Plänen geben. Aber Begründungen und Einwände der Träger öffentlicher Belange werden uns vorenthalten.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, in Nordrhein-Westfalen ist noch viel für die Koordination zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu tun.

Dieses würden wir ja gerne unterstützen. Aber in dem von Ihnen vorgelegten Haushalt sind in dieser Richtung für die Landwirtschaft keine Verbesserungen zu erkennen. Aus diesem Grunde kann meine Fraktion, die F.D.P., dem Einzelplan 10 nicht zustimmen.

(B)

(Meyer zur Heide (SPD): Das überrascht uns vielleicht! Da sind wir völlig platt!)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung hat nunmehr Herr Minister Matthiesen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zweimal im Jahre reitet der mit mir befreundete und sonst sehr umgängliche Friedel Meyer eine Attacke gegen mich; danach können Sie die Uhr stellen:

(Tschoeltsch (F.D.P.): Erfolgreich!)

- Nein. Aber es ist liebevoll gemeint; das will ich zugeben. - Immer nämlich, wenn der nächste Mastskandal kommt, und dann bei der zweiten Lesung des Haushalts des Landwirtschaftsministers.

Wenn man Attacken reitet, müssen natürlich die Fakten stimmen. Und die Fakten stimmen

natürlich überhaupt nicht, wenn Sie Jahr für Jahr erneut behaupten, daß die Landesregierung eine ungerechte Verteilungspolitik zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten betreibt. (C)

Gerade diese Landesregierung - das zeigen alle Statistiken - hat die ländlichen Räume in den letzten Jahren in Einzelfällen gegenüber Ballungsräumen sogar bevorzugt behandelt. Das hat auch einen guten Sinn gemacht.

(Schauerte (CDU): Es ist doch nicht zu fassen!)

- Doch. Das ist für Sie deshalb nicht zu fassen, Herr Kollege Schauerte, weil es eben manchmal für Sie schwierig ist, etwas zu erfassen. Aber das ist nicht mein Problem.

(Beifall bei der SPD)

Diese Entscheidung der Landesregierung für eine gegenüber den Ballungsräumen und den ländlichen Räumen ausgewogene Zuwendungs- politik richtet sich nicht nach Wählerpoten- tialen. Im übrigen, lieber Friedel Meyer: Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen hat in allen Landesteilen Gott sei Dank ausreichend Wähler - aber immer noch nicht genug, füge ich hinzu.

(Zustimmung bei der SPD)

Im übrigen sind wir es in Nordrhein-Westfalen gewesen, die, wie Sie wissen, wegweisend und bahnbrechend neue Vereinbarungen zwischen Naturschutz und Landwirtschaft herbeigeführt haben. Mittlerweile schaut man bundesweit neidvoll auf uns und eifert dem nach. (D)

Ich erinnere mich noch ganz gut: Als wir das Feuchtwiesen-Schutzprogramm aus der Taufe hoben, hatten wir mehr Kritiker als Freunde für dieses Programm. Heute gibt es keine Kritik mehr, sondern insgesamt im Lande rundherum Zufriedenheit, weil die Naturschützer gelernt haben, daß Naturschutz nur in Kooperation mit den Landwirten effektiv sein kann, und weil die Landwirte gelernt haben, daß Naturschutz für sie keine unangemessene Belastung bedeutet, sondern auch eine vernünftige neue ökonomische Einkommens- chance. Und dies ist auch richtig.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Sagen Sie das einmal den Landwirten!)

Gleiches haben wir für den Bereich Naturschutz und Jagd gemacht, und wir sind dabei, gleiches für den Bereich der Landwirtschaft und der Wasserwirtschaft zu

(Minister Matthiesen)

- (A) machen, wo es über regionalisierte Zusammenarbeitsmodelle darum gehen muß, zu vernünftigen Ausgleichsregelungen zwischen der Landwirtschaft und der Wasserwirtschaft zu kommen.

Was uns fehlt und was diese Politik nachhaltig unterstützen würde, ist die seit Jahren diskutierte Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes, die bisher nicht übergekommen ist. Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal deutlich an die Bundesregierung appellieren, zum Schutz der Natur - übrigens auch zum Schutz der Landwirte - endlich mit der Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz, verbunden mit einer Ausgleichsregelung für die Landwirte, überzukommen.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist nicht das Problem dieser Landesregierung, sondern das ist das Problem, daß sich Herr Töpfer zwar durchsetzen will, aber nicht durchsetzen kann, weil Waigel noch grundsätzliche finanzpolitische Probleme hat und weil Kiechle wiederum eine Regelung nur akzeptiert, wenn sie gleichzeitig auch eine finanzielle Ausgleichsregelung für die Landwirte enthält.

(Zuruf des Abg. Schauerte (CDU))

- (B) - Wassergesetz ist ein schönes Stichwort, Herr Schauerte. Denn ich habe ja noch Ihre Tiraden im Ohr. Sie hatten uns ja empfohlen, wir sollten, bitte schön, die Bestimmungen des Freistaats Bayern übernehmen, dann würde das Geld für die Bauern nur so fließen. Erkundigen Sie sich einmal in Bayern! Auf der Grundlage dieser Bestimmung in Bayern, die Sie für das Nonplusultra gehalten haben, ist bis heute an die bayrischen Bauern keine müde Mark geflossen, keine müde Mark!

(Zurufe von der CDU: Hier auch nicht!  
- Hier noch weniger! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wir sind auch auf diesem Gebiet einem vernünftigen Kooperationsmodell verpflichtet.

Ich wollte generell zur Landwirtschaft noch sagen, daß wir nach den schweren letzten Jahren der fürchterlichen Einkommenseinbrüche in diesem neuen Wirtschaftsjahr doch eine deutliche Erholung zu verzeichnen haben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das ist sehr gut. Wir können im Interesse der Landwirtschaft und der ländlichen Räume nur

- (C) hoffen, daß diese Erholungsphase nicht nur eine kurzfristige ist, sondern daß das in den nächsten Jahren so weitergeht.

Was uns auf Landesebene Sorge macht, das sind im Zusammenhang mit dem Binnenmarkt Europa zunehmende Zentralisierungstendenzen, immer noch nicht das erkennbare politische Bemühen, zu gleichen Umweltstandards und Verbraucherstandards zu kommen. Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Ein EG-Binnenmarkt kann nur dann für die deutsche Landwirtschaft zufriedenstellend sein, wenn wir zu einheitlichen Umwelt- und Verbraucherstandards kommen, die nicht weiter zu Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Landwirtschaft führen.

Ich füge hinzu: Wir müssen im Zusammenhang mit dem EG-Binnenmarkt auch neu über eine Reform der europäischen Agrarpolitik nachdenken. Denn zu glauben, daß man durch zentralisierte europäische Entscheidungen in Brüssel den differenzierten Notwendigkeiten der Hallig-Bauern in Schleswig-Holstein, der Mittelgebirgslandwirte im Sauerland und der Milchbauern im Allgäu gerecht werden kann, ist eine reine Illusion. Von daher brauchen wir zwar keine Renationalisierung der Agrarpolitik, aber sehr wohl eine stärkere Regionalisierung der Agrarpolitik.

- (D) Wir sagen ja zu Europa und zum europäischen Binnenmarkt; aber im Interesse unserer Landwirte sage ich genauso deutlich: Wir müssen zu einer stärkeren Regionalisierung der Agrarpolitik kommen, wenn wir künftig den unterschiedlichen Produktionsverhältnissen und den unterschiedlichen Standortverhältnissen im Sinne der Landwirte und ihrer geregelten Einkommensentwicklung gerecht werden wollen. Ich wäre dankbar, wenn das Hohe Haus - Friedel Meyer, bei aller sonstigen Kontroverse - jedenfalls über diesen zentralen Punkt der Agrarpolitik, der wesentlich über das Schicksal auch der NRW-Landwirte mitentscheiden wird, einig sein könnte.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/4986 abzustimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Zurufe von der SPD: Mit den Stimmen von SPD und F.D.P.!)